

Präsident Wolfgang Thierse

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 10 a bis 10 d auf:

- a) Abgabe einer **Erklärung** durch den Bundeskanzler **zum bevorstehenden Europäischen Rat in Brüssel am 16. und 17. Juni 2005**
- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (20. Ausschuss)
 - zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Angelica Schwall-Düren, Günter Gloser, Kurt Bodewig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Rainer

Präsident Wolfgang Thierse

- (A) Steenblock, Ulrike Höfken, Marianne Tritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Für eine zukunftsgerichtete Weiterführung der Lissabon-Strategie – Neue Impulse zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung

- zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Zur Tagung des Europäischen Rates am 22./23. März 2005 – Stabilität und Wachstum stärken

- Drucksache 15/5116, 15/5131, 15/5711 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Kurt Bodewig
Veronika Bellmann
Marianne Tritz
Dr. Claudia Winterstein

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (20. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Dr. Claudia Winterstein, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

- (B) **Die finanzielle Vorausschau der EU den neuen Aufgaben anpassen**

- Drucksachen 15/2978, 15/5709 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Axel Schäfer (Bochum)
Holger Haibach
Rainer Steenblock
Dr. Claudia Winterstein

- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Claudia Winterstein, Dr. Werner Hoyer, Dr. Andreas Pinkwart, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

EU-Haushalt auf höchstens 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens begrenzen

- Drucksache 15/5361 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Auswärtiger Ausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

- Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat (C)
der Bundeskanzler, Gerhard Schröder.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gerhard Schröder, Bundeskanzler:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollten wir am Donnerstag und Freitag dieser Woche in Brüssel die finanzielle Vorausschau für die Jahre 2007 bis 2013 – und nur diese – beschließen. Aber es besteht kein Zweifel: Die Referenden in Frankreich einerseits und in den Niederlanden andererseits haben die Europäische Union in eine besondere Situation – es ist durchaus erlaubt, zu sagen: in eine **Krise** – gebracht. Die Frage, über die wir zu reden und die wir zu entscheiden haben, ist: Wie wird in der Europäischen Union auf diese Krise reagiert?

In der europäischen und auch in der deutschen Debatte zeichnen sich zwei Reaktionsmöglichkeiten ab: Die eine besteht darin, dass man in durchaus populistischer Weise vorhandene Schwierigkeiten diskutiert und beschreibt, um das Integrationskonzept Europas über diese Schwierigkeiten mindestens infrage zu stellen, wenn nicht sogar ernsthaft zu gefährden. Die andere Reaktionsmöglichkeit ist, das Projekt Europa weiterhin als ein einiges, alle Europäer und alle europäischen Länder umfassendes Projekt, als ein integratives Projekt, zu begreifen und auf dieser Basis die aufgetretenen Schwierigkeiten zu lösen und das, was noch vor uns steht, offensiv anzugehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) (D)

Es wird Sie nicht überraschen, dass es die Politik der Bundesregierung ist, die zweite Strategie zu verfolgen. Das hat Gründe. Diese Gründe liegen darin, was Deutschland immer von und für Europa gedacht und wonach es sich gerichtet hat. Insbesondere Deutschland – seine Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt das – hat – ökonomisch wie politisch – ein großes Interesse daran, dass dieses Europa zusammengeführt wird, dass es zusammenbleibt, dass es nicht nur als Markt existiert, auf dem das Wirtschaften stattfindet, sondern auch als politische Union, also integriert und als ein besonderes Gesellschaftsmodell existiert, das ökonomische Effizienz mit sozialer Sensibilität verbindet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Darum geht es gegenwärtig und jeder europäische Mitgliedstaat hat sich zu entscheiden. Der **Verfassungsvertrag**, den wir gemacht haben, ist ein Vertrag, der den ernst gemeinten Versuch unternimmt, dieses Europa einerseits als ganzes Europa, andererseits aber auch als integriertes Europa zusammenzuhalten, ihm ein Fundament zu geben. Wir haben diesen Verfassungsvertrag vor knapp vier Wochen mit überwältigender Mehrheit hier im Hohen Hause beschlossen. Bis auf eine Enthaltung wurde er auch im Bundesrat einstimmig beschlossen. Wenn ich mir gelegentlich kritische Debatten über diese Verfassung anschau, frage ich mich: Was hat sich

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) eigentlich verändert, was die Substanz dieser Verfassung angeht und die Zustimmungsfähigkeit zu dieser Verfassung aus Deutschland heraus, aus beiden Hohen Häusern heraus? Da hat sich gar nichts verändert. Das, was wir diskutiert haben, als der Verfassungsvertrag hier zur Entscheidung anstand, nämlich ein erweitertes, integriertes Europa mit einem sicheren Fundament zu versehen, galt damals und gilt auch heute noch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Deswegen stehe ich ohne Wenn und Aber zu dieser Entscheidung, zur gemeinsamen Entscheidung Deutschlands für diesen Verfassungsvertrag. Ganz nebenbei: Mit der Entscheidung in beiden Häusern hat Deutschland Ja gesagt und nicht Nein – damit wir uns richtig verstehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir sollten aufpassen, dass die Entscheidung, die hier getroffen wurde, nicht uminterpretiert werden kann, von wem auch immer.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nein, meine Damen und Herren, der Verfassungsvertrag war richtig, er ist richtig und ich glaube, es wird sich auch erweisen, dass er ein Stück Zukunft einer einigen Europäischen Union sein wird. Im Übrigen: Alle Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, zu ratifizieren, jeweils nach den nationalen Notwendigkeiten und Gesetzmäßigkeiten. Zehn haben ratifiziert – wir auch. Andere haben angekündigt, zu ratifizieren. Denen jetzt mit Sprüchen zu kommen, wie ich sie aus dem Europäischen Parlament höre – die Verfassung sei tot; oder was auch immer –, ist nach meiner festen Überzeugung ganz falsch und diskreditiert auch unser eigenes Abstimmungsverhalten.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt: Wer wollte den Dänen, den Portugiesen, den Polen, in deren Ländern demnächst Referenden bevorstehen – Luxemburg kommt dazu –, vorschreiben, wie sie mit der neuen Lage umzugehen haben? Es ist die souveräne Entscheidung eines jeden Landes, ob und nach welchem Verfahren es ratifizieren will oder nicht. Der Europäische Rat, der am heutigen Donnerstag und am morgigen Freitag vermutlich noch länger über diese Fragen diskutieren wird, kann natürlich Vorschläge machen, aber er kann doch nicht die **Ratifizierungsprozesse** abbrechen oder darüber befinden, in welcher Form, in welchen Zeiträumen sie stattfinden haben. Das sind souveräne, nationale Entscheidungen, die wir zu respektieren haben. Ich füge hinzu: Wir haben doch das Dokument – Nr. 30 ist es, glaube ich – gemacht, in dem steht, dass der Europäische Rat neu zusammenkommen muss, wenn eine bestimmte Anzahl von Ratifizierungen nicht erfolgreich ausgegangen sein sollte. Insofern ist das, was wir vorgeschlagen haben – eine Zwischenbilanz zu ziehen, vermutlich während der österreichischen Präsidentschaft; das ist zu Beginn des

nächsten Jahres –, die richtige Vorgehensweise, jedenfalls eine, die andere nicht bevormundet, sondern ihnen ihr souveränes Recht lässt, über diese Verfassung zu entscheiden, eine Verfassung im Übrigen, in der sehr viel mehr von sozialem Zusammenhalt drinsteht, als in den Diskussionen bisher deutlich geworden ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben doch diese Verfassung gemacht – sie ist doch maßgeblich unter deutscher Beteiligung zustande gekommen –, weil wir einen verbindlichen Grundrechtskatalog für die Europäische Union wollten. Wir haben diese Verfassung doch gemacht, weil wir eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wollten und weiter wollen, ja, wollen müssen. Wir haben diese Verfassung doch auch deshalb gemacht, weil in ihr steht, dass es in Europa nicht nur um ökonomische Effizienz, sondern auch und gerade um sozialen Zusammenhalt geht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Neben der finanziellen Vorausschau, zu der ich gleich etwas sagen werde, werden wir auch darüber zu reden haben, wie es mit der **Erweiterung** weitergeht. Wir müssen damit ganz offen und für meine Begriffe auch offensiv umgehen. Was ist denn der Hintergrund für die stattgefundenen Erweiterungsprozesse? Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und die anderen Länder sind doch nicht Teil der Europäischen Union geworden, weil uns nichts anderes eingefallen ist, sondern sie sind als alte europäische Kulturnationen Teil der Europäischen Union geworden, weil der Fall des Eisernen Vorhangs genau diesen Prozess ermöglicht hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Der Fall des Eisernen Vorhangs hat natürlich auch weitere Konsequenzen. Es wird über die zehn neuen Mitgliedstaaten hinausgehen, die am 1. Mai 2004 Mitglied geworden sind. Ich warne all diejenigen, die jetzt meinen, man könnte die eingegangenen Verpflichtungen wenn nicht auflösen, so doch zumindest auf die lange Bank schieben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich warne davor, den Rumänen und Bulgaren, mit denen wir Verträge abgeschlossen haben, zu sagen, dass es uns Leid tut, dass wir die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen können, weil die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden nicht so ausgefallen sind, wie sich die Europäer das wünschten. Ich warne deshalb davor, weil die Rückkehr zu alten Nationalismen und zu mehr als dem die sichere Konsequenz in diesen Ländern wäre. Es würde zu einer Rückkehr zu alten Nationalismen, zum Verlust der ökonomischen Möglichkeiten und damit zu mehr statt weniger Schwierigkeiten für Europa und auch Deutschland, das sich mittendrin befindet, kommen.

Nein, ich glaube: Wenn die Länder, um die es geht, ihre Verpflichtungen erfüllen – bei der Justiz, beim Inne-

(C)

(D)

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) ren und bei der Korruptionsbekämpfung sind noch einige Fragen offen, aber sie sind auf dem Weg dorthin –, dann muss die Europäische Union auch zu ihren Verpflichtungen stehen. Eine andere Politik halte ich nicht für denkbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was tun wir denn auf dem **Balkan**, wenn wir, wie einige es jetzt vorschlagen, den Ländern des westlichen Balkans zum Beispiel die europäische Perspektive abschneiden oder sie ad calendae graecas vertagen? Was sind die politischen Lösungsansätze, die dann zur Verfügung stehen? Sind sie besser, weil sie in einem sehr umfassenden Sinne preiswerter für Europa und Deutschland sind, oder ist nicht vielmehr das Gegenteil der Fall? Wenn wir diese Länder des westlichen Balkans allein lassen und ihnen die Perspektive abschneiden, sind die mutmaßlichen Konflikte dann nicht in einem umfassenden Sinne – übrigens auch materiell – allemal teurer, als es Vorbeitrittshilfen und Beitrittshilfen je sein könnten?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wer sich einmal anschaut, was wir als Europäer und besonders als Deutsche in den Konflikten auf dem Balkan zu leisten haben und welche materiellen Anforderungen gestellt werden, der wird sehr schnell ausrechnen können, dass Frieden in einem sehr umfassenden Sinne allemal preiswerter als solche Konflikte ist, die wir alle kennen.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich habe mal eine sehr konkrete Frage. Entweder war es übertrieben oder aber er hat die Wahrheit gesagt. Frau Merkel, Herr Stoiber, was sagen Sie denn Herrn Sanader, dem Sie im Wahlkampf geholfen und versprochen haben, dass Sie eine ganz schnelle Beitrittsperspektive für **Kroatien** unterstützen würden?

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Wer hat denn die Beitrittsverhandlungen verzögert?)

Was sagen Sie ihm denn, wenn er das erfüllt, was der **Internationale Strafgerichtshof** und damit auch die Europäische Union zu Recht von ihm erwarten? Sagen wir diesem Land „Eine Aufnahme von Verhandlungen gibt es nicht“ oder sagen wir ihm „Wir nehmen Verhandlungen auf“? Dazu werden Sie sich verhalten müssen. Ich bin der Meinung, dass Kroatien ein Land ist, das ökonomisch und, wenn die Bedingungen erfüllt sind – ich habe sie genannt –, politisch dazugehört. Das kann doch gar keine Frage sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aber man kann sich nicht so verhalten, diesem Land in bestimmten Gesprächen Unterstützung für die Aufnahme von Verhandlungen zuzusagen, aber dann öffentlich möglichst gar nicht darüber zu reden oder sogar das Gegenteil zu erklären. Das ist keine sonderlich rationale und auch keine sonderlich ehrliche Politik.

- (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) (C)

Im Prinzip gilt das Gleiche für die **Türkei**. Wir haben hier darüber debattiert. In diesen Debatten ist deutlich geworden, dass wir der Türkei – vorneweg die Regierung Kohl, massiv unterstützt vom Abgeordneten Glos, gegen manchen Zweifel auf der Seite der demokratischen Linken im Hause – immer wieder versichert haben: Wenn die Bedingungen durch eine entsprechende Reformpolitik und durch die Klärung eures Verhältnisses zu Zypern erfüllt sind, dann werden Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Diese lange Diskussion wurde schon über 40 Jahre geführt.

Dann hat man erklärt: Man kann sich ja eines Besseren besinnen. Das ist aber in der internationalen Politik ein bisschen schwierig, weil sich natürlich sehr viele auf die Gültigkeit von Vereinbarungen und Zusagen verlassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Außerdem gilt das, was wir gesagt haben. Gelänge es, eine Beziehung zwischen einem nicht fundamentalistischen islamischen Land, der Türkei, und der europäischen Aufklärung herzustellen und wirksam werden zu lassen – das kann nur in europäischen Zusammenhängen geschehen –, wäre das sowohl ökonomisch als auch politisch ein Segen für die Sicherheit Europas und auch für die Sicherheit unseres Landes.

- (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(D) Die **Risiken solcher Verhandlungen**, die ich gar nicht verschweige, sind beherrschbar. Wir haben immer gesagt: Verhandlungen über einen Beitritt der Türkei werden zehn bis 15 Jahre dauern. Das Verhandlungskonzept sieht vor, dass die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt anderer EU-Länder bis auf Null begrenzt werden kann. Das Verhandlungskonzept sieht auch vor, dass jede der beiden Seiten die Verhandlungen jederzeit aussetzen oder abbrechen kann. Damit ist dieses Verhandlungskonzept ein angemessenes Instrument zur Erreichung des Zieles, einen Beitritt der Türkei herbeizuführen, ohne ein Mitgliedsland der Europäischen Union – Deutschland zumal – in unüberwindbare Schwierigkeiten zu bringen. Nein, wer in der jetzigen Situation, in der es sicherlich eine krisenhafte Entwicklung in Europa gibt, meint, die Probleme mit Kleinmut, mit Wegducken lösen zu können, der irrt gründlich.

- (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Er wird auch erleben, dass er seiner historischen Verantwortung in einer Weise nicht gerecht wird, die ihm noch Kinder und Kindeskindern, so es sie denn gibt, vorwerfen werden.

Ich glaube, dass man damit einen guten Einstieg für die Debatten hat, die am heutigen Donnerstag und am Freitag, bezogen auf die finanzielle Vorausschau, beginnen werden und sollen. Ich habe immer gesagt, dass unsere materiellen Ressourcen begrenzt sind, was die Möglichkeiten Deutschlands angeht, europäische

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) Kompromisse zu finanzieren, um in der europäischen Geschichte als große Europäer dazustehen. Für diese Möglichkeit Deutschlands, eine solche Strategie zu verfolgen, die doch sehr lange getragen hat, sind die Ressourcen nicht mehr vorhanden, selbst wenn man sie denn nutzen wollte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man muss sich also in das tägliche Geschäft der europäischen Verhandlungen schon im Interesse Deutschlands einmischen. Das war übrigens der Grund, warum wir gesagt haben: Wir möchten gerne erreichen, dass das **Budget der Europäischen Union** auf 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens begrenzt wird. Das hätte immer noch eine Menge für Deutschland bedeutet, wäre aber auskömmlicher gewesen als jeder andere denkbare Kompromiss.

Dann wurden wir mit der Forderung der Europäischen Kommission nach 1,24 Prozent des Bruttonationaleinkommens konfrontiert. In Zahlen ausgedrückt hätte dies bedeutet, dass wir mit dem Betrag in Höhe von etwa 22 Milliarden Euro brutto, den wir jetzt an das europäische Budget abführen, im Jahre 2013 bei deutlich über 40 Milliarden Euro gelandet wären, und das bei im Verhältnis sinkenden Rückflüssen, was damit zusammenhängt, dass es den neuen Ländern in vielen Bereichen wirtschaftlich besser geht, als das noch vor fünf oder acht Jahren der Fall war. Sie werden leicht einsehen, dass wir eine solche Position nicht einnehmen konnten.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun gibt es – das sage ich wegen der Einheitlichkeit der Argumentation – den berühmten Bericht des Europäischen Parlaments, den so genannten **Böge-Bericht**. Böge ist ein Abgeordneter der CDU, der dort haushaltspolitischer Sprecher ist. Er hat für die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gesagt, dass unter 1,18 Prozent des BNE gar nichts laufe. Dazu sollten Sie sich einmal verhalten; denn das ist sehr teuer, was Herr Böge da aufgeschrieben hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht natürlich nicht, mich hier zum Sparen aufzufordern und dann munter durch die Angehörigen der mittleren Ebene die Forderungen immer weiter nach oben zu treiben. Das ist eine Form von Politik, die nicht trägt, jedenfalls nicht auf Dauer.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen wir also einmal den Böge-Bericht beiseite und reden wir über das, was im Zusammenhang mit dem zu diskutieren ist, was die Präsidentschaft vorgeschlagen hat.

(Zuruf der Abg. Elke Wülfing [CDU/CSU])

– Ich komme gleich zu dem, was ich machen muss. – Es sind ganz vernünftige Vorschläge, die da auf dem Tisch liegen.

- (Michael Glos [CDU/CSU]: Schlechte Abschiedsrede, Herr Bundeskanzler!) (C)

Das, was dort veröffentlicht worden ist – das will ich sagen –, reicht noch nicht. Wir haben noch einige Probleme; denn wir müssen in der Tat darauf achten, dass die **Nettosalden** nicht uferlos steigen. Das ist auch die Mahnung all derer, die sich im Europaausschuss unter Leitung des sehr verehrten Vorsitzenden dazu gestern geäußert haben. Nur, damit es nicht so ganz im Unklaren bleibt, wie sich die Nettosalden in der letzten Zeit entwickelt haben, will ich das einmal vorlesen. Wir hatten 1993 einen Nettosaldo von 12 Milliarden, 1994 von 14 Milliarden, 1998 – wir sind erst im Oktober in das Amt gekommen; Sie werden das nicht vergessen haben – von rund 12 Milliarden. Dann sinkt dieser Nettosaldo von 12 Milliarden über 10 Milliarden auf 8,754 Milliarden im Jahr 2004. Wer mich also auffordert, für entsprechende Rückflüsse zu sorgen, der sollte wenigstens ein bisschen selbstkritisch mit der Frage umgehen, was er bzw. sie in den 90er-Jahren gemacht hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin der Meinung, dass Deutschlands Ressourcen begrenzt sind und wir deswegen aufpassen müssen, dass dieser sehr positive Trend, den meine Regierung erreicht hat, nicht wieder abbricht oder sich gar in das Gegenteil verkehrt. Das ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Nun habe ich gesagt, dass wir bei 1 Prozent des BNE starten und dass wir, was Zahlungen angeht, möglichst dicht in die Nähe kommen wollen. Wir starten da und es wäre wirklich wichtig, wenn das gelänge. Gerade in der jetzigen Situation wäre es wunderbar, wenn von Brüssel das Signal ausginge, dass die Union in dieser so wichtigen Frage der **finanziellen Vorausschau** bei allen Schwierigkeiten handlungsfähig ist. Ich bin dafür – weil wir gute Europäer sind –, dass wir einen Beitrag leisten, damit das gelingt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wie kann dieser Beitrag nur aussehen? Es gibt Länder, die sagen: Es muss alles, was die Erwartungen und Forderungen bei den Strukturfonds und den Kohäsionsfonds betrifft, so bleiben, wie es ist, jedenfalls dann, wenn es uns angeht. – Das kann nicht angehen. Dann gibt es Länder – das sind die neuen Mitgliedstaaten –, die völlig zu Recht sagen: Der durchschnittliche Wohlstand in unseren Ländern liegt unter dem der Länder, die bisher von der Solidarität profitiert haben. Das Mindeste, was wir wollen, ist, gleich behandelt zu werden. – Das ist nachvollziehbar, aber schwer zu bezahlen.

Einige Länder sind **Nettozahler**, vorneweg die Niederlande, Schweden und Deutschland. Deutschland zahlt in absoluten Zahlen das Meiste, die Niederlande in relativen Zahlen, also pro Kopf. Schweden liegt dazwischen. Diese Länder sagen zu Recht: Wir brauchen eine Entlastung von dieser Nettozahlerposition und wir kämpfen

Bundeskanzler Gerhard Schröder

- (A) darum, dass das auch geschieht. Ich bin guter Hoffnung, dass wir dabei weiterkommen. Auch dabei wird nicht jeder Blütentraum reifen; das ist keine Frage. Das sage ich auch den Kollegen, die im selben Boot sitzen. Aber wir müssen damit weiterkommen.

Dreh- und Angelpunkt ist indessen nicht nur, dass die Länder entlastet werden müssen, die viel zahlen – ohne dass ihre Nettozahlerposition deswegen aufhört zu existieren –, und die Länder, die viel bekommen oder viel wollen, ihre Erwartungen zurückschrauben müssen – auch das ist notwendig –, sondern Dreh- und Angelpunkt ist auch ein bestimmtes Instrument, über das man ein paar Worte verlieren muss. Dieses Instrument nennt sich „**britischer Rabatt**“. Er ist nicht von dieser Regierung ausgehandelt worden; damit wir uns völlig klar verstehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieser britische Rabatt – er liegt zurzeit bei etwa 4,5 Milliarden Euro, wenn ich es richtig im Kopf habe – würde, wenn er unverändert beibehalten würde, im Zeitraum der finanziellen Vorausschau auf 7 Milliarden Euro und mehr hochschnellen. Angesichts der Tatsache, dass Großbritannien beim Pro-Kopf-Einkommen seiner Bevölkerung die Nummer sechs ist, aber bei den Pro-Kopf-Zahlungen weit im Hinterfeld liegt, gibt es für den Rabatt überhaupt keine wirkliche Rechtfertigung mehr. Allerdings ist damals, anders als bei vielen anderen finanziellen Gegebenheiten, beschlossen worden, dass dieser Rabatt nur einstimmig geändert werden kann. Angesichts der vorgegebenen Einstimmigkeit ist die Aufforderung an mich, ich sollte – bei Landwirtschaftsverhandlungen oder sonst wo – mal eben dafür sorgen, dass dieser Rabatt verschwindet, ein bisschen naiv.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem hat die Oppositionsführerin der **britischen Presse** zufolge gemeint, das tun zu sollen.

Dann werden Sie, Frau Merkel, sich zum britischen Rabatt – ich entnehme das britischen Zeitungsberichten – äußern müssen. Darin steht nämlich, Tony Blair habe nach einem Gespräch mit Ihnen Hoffnung; denn Sie hätten seinen Rabatt mit dem Hinweis darauf, dass er weniger Agrarsubventionen bekäme als Frankreich, ausdrücklich verteidigt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wenn das stimmen sollte und die Zeitungen nichts Falsches berichtet haben, dann haben Sie Juncker und Deutschland damit einen Bärendienst erwiesen. Das muss man sehr deutlich sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre gut, wenn Sie sich in aller Klarheit hier dazu äußern würden, ob Sie mit der Bundesregierung der Auf-

fassung sind, dass ein Ergebnis nur dann zustande kommen kann, wenn sich auch die britische Regierung beim Rabatt bewegt, wie sich auch alle anderen bewegen müssen. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Erwartung, die ich an Sie habe, wenn Sie sich nicht vorwerfen lassen wollen, die Verhandlungsposition in große Schwierigkeiten gebracht zu haben.

Ich habe wenig Hoffnung – ich bin mir darin mit dem luxemburgischen EU-Ratspräsidenten Jean-Claude Juncker einig –, dass das, was wir wollen – dass sich alle bewegen –, zu den gleichen Einsichten führt wie bei uns, nämlich dass man sich bewegen muss. Ich weiß nicht, ob alle der europäischen Idee folgen. Ich habe mir gelegentlich in diesem Hause von der rechten Seite anhören müssen, jemand zu sein, der zu rational, zu wenig emotional mit der europäischen Frage umgeht.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Eine kränkelnde Frühgeburt war schon emotional!)

– Ja, ist klar. Aber in der Krise zeigt sich, wer steht und wer nicht steht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich fahre heute einigungsbereit nach Brüssel. Deutschland wird sich bewegen. Es darf nicht die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes übersteigen. Diese haben wir im Blick zu behalten. (D)

Aber gleichermaßen hat diese Regierung für Deutschland im Blick, dass dieses unser Land ökonomisch in ungeheurer Weise von einem gemeinsamen Markt profitiert. Wir sind in all den Ländern, um die es geht – sowohl in denjenigen, die beigetreten sind, als auch in denjenigen, mit denen verhandelt wird –, im Handel die Nummer eins. Wir haben unserer Außenwirtschaft und der damit zusammenhängenden Arbeitsplätze wegen das größte Interesse daran, dass dieses Europa als ein einiges, integriertes Europa funktioniert. Gerade in einer Situation wie der jetzigen kommt es darauf an – daran haben wir aus politischen Gründen das allergrößte Interesse –, dass man bei dem Unterfangen nicht nachlässt, dieses Europa durch Erweiterung und Integration zu einem Ort dauerhaften Friedens und dauerhaften Wohlergehens seiner Menschen zu machen. Das und nichts anderes ist unser Ziel. An dem werden wir unbeirrt festhalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Kollegin Angela Merkel, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Dr. Angela Merkel** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Debatte über die Ratifizierung des Verfassungsvertrages am 12. Mai dieses Jahres habe ich für die große Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gesagt:

Wir sagen Ja dazu, mit diesem Vertrag die Einigung Europas institutionell weiter zu festigen; denn wir vergessen nicht die Lehren von denen, die vor uns politische Verantwortung trugen, von Konrad Adenauer über Willy Brandt bis Helmut Kohl, die Lehren aus den Katastrophen der beiden Weltkriege auf europäischem Boden. Europa als Friedens- und Wertegemeinschaft stärken, dazu gibt es keine Alternative.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Was am 12. Mai richtig war, hier im Deutschen Bundestag gesagt zu werden, das ist auch am 16. Juni richtig.

(Franz Müntefering [SPD]: Da sind wir mal gespannt!)

Deshalb ist es allerdings genauso richtig, dass wir hinzufügen, was ich am 12. Mai ebenfalls gesagt habe:

Ich glaube, dass wir an einem solchen historischen Tag ... auch sehen müssen – das hat etwas mit der Zustimmung zu Europa zu tun –, dass wir in zweierlei Hinsicht am Scheideweg stehen: zum einen, was die Integrationstiefe angeht, und zum anderen, was die Ausdehnung der Europäischen Union angeht.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch dieser zweite Teil gilt heute genauso wie am 12. Mai. Er hat seine Verstärkung – darum kann man gar nicht herumreden – durch das Nein der Mehrheit der Bevölkerungen in Frankreich und in den Niederlanden erfahren.

(Zuruf des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Genau deshalb ist es notwendig, dass von dem Rat, der heute und morgen stattfindet, ein Signal der Entschlossenheit ausgeht, dass es ein einfaches Weiter-so nicht gibt,

(Widerspruch bei der SPD)

sondern dass um Europa willen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden müssen. Herr Bundeskanzler, mit Verlaub, ich habe den Mut und die Entschlossenheit, auf diese Krise adäquat zu reagieren, bei Ihnen heute völlig vermisst.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung, dass es in Bezug auf die Frage, wie es mit dem **Ratifizierungsprozess** weitergeht, natürlich nicht unsere Sache ist – damit meine ich uns, die wir ratifiziert haben –, anderen, die noch zu ratifizieren haben, Vorschriften zu machen, wie sie damit umzugehen haben. Ich bin auch der Meinung: Wenn alle zu der Überzeugung kommen – das ist die Sa-

che derjenigen, die sich noch entscheiden müssen, die die Ratifizierung noch vor sich haben –, der Prozess solle weitergehen, dann soll er weitergehen. (C)

Meine Damen und Herren, ich bin aber auch der Meinung, dass wir dann nur fragen müssen: Wann ziehen wir Zwischenbilanz? Dazu sehen das Ratifikationsverfahren und der Vertrag folgende Regelung vor: Wenn 20 Länder ratifiziert haben, gibt es eine Zwischenbilanz. Wir wünschen dem Rat allen Erfolg, damit dieser Prozess weitergehen kann.

Wir müssen uns allerdings auch auf die Frage vorbereiten, was denn passiert, wenn einige Länder sagen, dass sie diesen Prozess nicht fortsetzen wollen. Dazu haben Sie heute hier gar nichts gesagt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Gernot Erler [SPD]: Was sagen Sie dazu?)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten uns auch ganz klar vor Augen führen: Das Nein in Frankreich und in den Niederlanden ist keine Haltung, die sich gegen Europa an sich richtet. Eines ist vollkommen klar: Wenn der niederländische Schriftsteller Leon de Winter sagt: „Wir haben mit ‚Nee‘ gestimmt, um Europa zu schützen“,

(Lachen bei der SPD)

müssen wir uns fragen und uns Gedanken darüber machen – Sie können darüber lachen; ich glaube nur, dann wird die europäische Krise nicht behoben werden –,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

was die Menschen dazu bewogen hat, Nein zu sagen. Nur so können wir das europäische Einigungswerk fortführen. (D)

(Günter Gloser [SPD]: Was ist die Analyse?)

und einen Ausweg aus der Krise finden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass viele Menschen in Europa das Erreichte – dauerhafter Frieden, wirtschaftliche Freiheit – inzwischen als selbstverständlich hinnehmen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass viele Menschen in den europäischen Mitgliedstaaten **Sorgen** und **Ängste** um die Globalisierung haben.

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast [SPD])

Genau diese Sorgen und Ängste müssen wir aufnehmen, meine Damen und Herren. Sich über die Köpfe der Menschen hinwegzusetzen, hat noch nie ein politisches Problem gelöst.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Menschen haben den Eindruck: Es gibt ein grenzenloses Europa, sowohl was die Vertiefung als auch was die Erweiterung angeht. Genau auf diese Frage müssen wir präzise Antworten geben, meine Damen und Herren.

(Günter Gloser [SPD]: Darauf warten wir! Wir hören! – Weitere Zurufe von der SPD)

Dr. Angela Merkel

- (A) Wir sollten auch ernst nehmen, wenn der französische Innenminister Nicolas Sarkozy sagt: Die Menschen haben viel zu lange von der Politik keine Antworten auf ihre Fragen bekommen.

(Gernot Erler [SPD]: Wo sind denn Ihre?)

Deshalb müssen wir schauen, wie wir genau auf diese Fragen Antworten geben.

(Gernot Erler [SPD]: Nicht schauen, sondern antworten!)

Das kann nur mit Mut gelingen. Das kann nur gelingen, indem wir eine kritische Analyse des Bestehenden machen und deutlich sagen, wie es weitergehen soll.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In diesem Zusammenhang muss ganz klar definiert werden:

(Zurufe von der SPD: Ja! – Na, los! – Das stimmt!)

Welche **Ziele** haben wir? Wohin wollen wir?

(Lachen bei der SPD)

– Meine Damen und Herren, Ihr Lachen wird nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Ziele für die Menschen nicht erkennbar sind. Sie fragen sich: Wo sind die Grenzen Europas? Wo ist die Grenze der Vertiefung? Auf diese Fragen müssen wir eine Antwort geben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Dazu sage ich als Erstes – das hat damit zu tun, dass es ein einfaches Weiter-so für mich nicht gibt –:

(Zuruf der Abg. Monika Griefahn [SPD])

Stopp der inneren Überdehnung Europas.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Detlef Dzembitzki [SPD]: Können Sie das mal übersetzen und sagen, was Sie unter „Überdehnung“ verstehen?)

Europa wird von vielen als ein bürokratisches Wesen wahrgenommen, das die Menschen nicht verstehen. Sie sehen nicht, dass Europa sich wirklich nur um das kümmert, was Europas Sache ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das eigentlich Tragische an dem Prozess, den wir im Augenblick zu beobachten haben, ist, dass der Verfassungsvertrag ja gerade versucht hat, auf diese Sorgen der Menschen Antworten zu geben. Genau aus diesem Punkt heraus sage ich auch: Der **Verfassungsvertrag** ist ein Schritt in die richtige Richtung und das, was dort angelegt ist, muss fortgesetzt und darf nicht infrage gestellt werden; denn Kompetenzen für Europa müssen begrenzt und beschränkt werden. Genau das hat der Verfassungsvertrag versucht, auch wenn es noch nicht zu 100 Prozent gelungen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es ist doch gar keine Frage, dass wir Europa brauchen, wenn es um die Bewältigung der **Globalisierung** geht. Wir brauchen Europa, wenn es beispielsweise um Antworten auf folgende Fragen geht: Wie können wir Boeing in die Schranken weisen und Airbus nach vorne bringen? Wie können wir uns mit Microsoft auseinander setzen? Wie können wir im Textilbereich Handelsabkommen mit China treffen? Alle diese Fragen kann ein einzelnes Land allein in der heutigen Welt doch überhaupt nicht mehr lösen. Deshalb brauchen wir Europa. (C)

Wir brauchen Europa in einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, meine Damen und Herren.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Daran gibt es doch überhaupt keinen Zweifel. Das sind die Aufgaben, denen sich Europa widmen muss. Das muss nach vorne gebracht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Gernot Erler [SPD]: Wo sind Ihre Antworten?)

Die Menschen machen sich halt Sorgen, wenn sie hören, dass es 400, 500 oder 600 neue **Richtlinien** geben könnte. Die Menschen machen sich Sorgen, wenn sie erleben, dass es Regelungstatbestände gibt, von denen sie sagen, dass wir sie in Europa wirklich nicht brauchen. Die Menschen machen sich Sorgen, wenn Sie sich mit einer Chemikalienrichtlinie auseinander setzen, zu der allein 4 000 Änderungsanträge vorliegen. Herr Bundeskanzler, vielleicht wäre es einmal eine Überlegung wert, symbolisch zu sagen: Lasst uns politisch entscheiden, was wir im Sinne des Lissabon-Prozesses, also des Wachstumsprozesses, brauchen und was nicht! Lasst uns Prioritäten setzen! – Die Völker Europas wären dankbar für eine solche politische Haltung. Das ist es, was wir heute von Ihnen erwartet hätten. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin Merkel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Weisskirchen?

Dr. Angela Merkel (CDU/CSU):

Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Unsere **Antwort auf die Krise**, in der wir uns befinden, wäre gewesen, zu sagen, welche politische Selbstbeschränkung sich Europa auferlegt, um deutlich zu machen: „Wir haben verstanden, was die Menschen uns sagen wollten“, oder – andersherum – zu sagen, dass wir eine Notwendigkeitskontrolle für das, was Europa regeln muss, einführen, um deutlich zu machen: Wir sind einem Ziel verpflichtet, nämlich soziale Marktwirtschaft in Europa in Zeiten der Globalisierung durchzusetzen. Das soll das Selbstbild Europas sein und daran muss sich alles ausrichten: wachstumsgetriebene Politik und nicht Bürokratie an Stellen, wo sie nicht notwendig ist.

Dr. Angela Merkel

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Günter Gloser [SPD]: Das ist Ihre Antwort in der Krise?)

Es ist auch die Frage nach der Erweiterung zu stellen. Nun weiß ich nicht, Herr Bundeskanzler – um das „Kroatien-Problem“ gleich anzusprechen –, ob Ihnen entgangen ist, dass der bayerische Ministerpräsident jüngst in **Kroatien** war und dort ein ganz klares Bekenntnis zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien abgegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Gernot Erler [SPD]: Das müssen Sie Herrn Wissmann erzählen!)

Das war unsere Haltung vor den Referenden und das ist unsere Haltung nach den Referenden. Ich stimme Ihnen vollkommen zu, Herr Bundeskanzler, dass es absurd wäre, weil die Franzosen und die Niederländer Probleme mit Europa haben, den Kroaten zu sagen, dass die Zusagen, die wir gemacht haben, jetzt nicht eingehalten werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe aber schon Kritik zu üben, nicht daran, dass Bulgarien und Rumänien eine europäische Perspektive haben. Das ist gar keine Frage; das wird von uns unterstützt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Aber wir sind der Meinung, dass Bulgarien und Rumänien die Kriterien erfüllen müssen, die gelten, wenn man Mitglied der Europäischen Union werden möchte. Wir halten den Beschluss, dass Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 beitreten, wenn sie die Kriterien erfüllen, ausdrücklich für richtig; wir werden die entsprechenden Fortschrittsberichte abzuwarten haben. Aber den Beschluss, dass, wenn sie die Kriterien bis zum 1. Januar 2007 nicht erfüllen, sie automatisch am 1. Januar 2008 beitreten können, halte ich für falsch; denn in jedem Fall müssen die Kriterien erfüllt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Bundeskanzler, wir haben immer mit offenen Karten gespielt, was die europäische Perspektive der **Türkei** angeht.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich bin selber in der Türkei gewesen und habe dem türkischen Ministerpräsidenten gesagt: Wir wollen enge Beziehungen zur Türkei, aber wir glauben, dass das im Rahmen einer privilegierten Partnerschaft stattfinden sollte. Die Diskussionen sind nun so weit gediehen, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober aufgenommen werden sollen. Es ist aber wichtig – das haben Sie heute auch nicht gesagt –, dass die Türkei dann auch alle ihr aufgetragenen Vorbedingungen erfüllen muss. Da darf man kein Auge zudrücken. Es ist ein ziemlich verheerender Zustand, dass die Türkei heute weder mit Armenien noch mit Zypern diplomatische Beziehungen pflegt. Zumindest mit Zypern muss dieser Zustand geändert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C)

Natürlich muss man sich an geschlossene Verträge halten. Aber wir werden unsere Haltung, dass die privilegierte Partnerschaft die beste Möglichkeit zur Integration der Türkei in Europa ist, nicht aufgeben, sondern dies in den Verhandlungen immer wieder einbringen. Das können wir schon heute sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir müssen natürlich auch versuchen – das wäre ebenfalls ein Signal an den jetzt stattfindenden EU-Gipfel –, die **finanziellen Perspektiven** zu klären. Dass die Verhandlungen nicht einfach sind, kann man erahnen.

(Gernot Erler [SPD]: Gutes Feeling!)

Deshalb ist es auch richtig, dass Sie einen kleinen kritischen Schlenker zu den Festlegungen des Europäischen Parlaments gemacht haben. Es gibt in der Tat den so genannten Böge-Bericht, der allerdings sozusagen angefeuert wurde vom Präsidenten des Europäischen Parlaments, einem Sozialisten; wir beide haben mit ihm gesprochen.

(Lachen bei der SPD – Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Der hat auch zugestimmt!)

Dieser Böge-Bericht – das sage ich nur, damit Ihnen das Lachen jetzt vergeht – hat die Zustimmung von 420 Parlamentariern im Europäischen Parlament bekommen; darunter waren auch Sozialdemokraten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Alle deutschen Sozialdemokraten!)

(D)

Das ist etwas, was Sie genauso bekümmern sollte. Deshalb, Herr Bundeskanzler, war das ziemlich kleine Münze, was Sie da angeführt haben.

Es gibt halt unterschiedliche Perspektiven. Das Europäische Parlament ist zwar hinter dem Vorschlag der Kommission zurückgeblieben, aber das Europäische Parlament ist weit über die Vorschläge des Rates hinausgegangen. Deshalb werden wir alle, so wie wir hier im nationalen Parlament sitzen, ob Sozialdemokraten oder Christdemokraten, immer wieder die Diskussion mit unseren europäischen Freunden suchen müssen und versuchen müssen, dort die gleiche Perspektive zu erreichen. Da sind Sie nicht besser dran als wir. Insofern sollten wir uns das hier nicht vorwerfen.

Was die finanzielle Vorausschau und die finanzielle Perspektive angeht, so wäre es wünschenswert, ein **Ergebnis** zu erzielen. Um dieses Ergebnis zu bekommen, werden sich alle bewegen müssen. Nun gibt es aber etwas, das sich auf die Verhandlungen natürlich nicht förderlich auswirkt. Das ist die Tatsache, dass man sich über einen großen Teil der finanziellen Perspektive bis 2013 schon 2002 geeinigt hat, nämlich über die Agrarausgaben. Sie haben selbst gesagt, dass der Britenrabatt etwas mit Agrarausgaben zu tun hat.

(Gerhard Schröder, Bundeskanzler: Nein, ich nicht!)

Dr. Angela Merkel

- (A) Von daher ist es natürlich nicht ganz einfach, wenn die einen sagen können: „Agrarsubventionen sind sakrosankt; da gehen wir überhaupt nicht mehr ran“ und von den anderen Flexibilität erwartet wird. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn sich genau in diesem Bereich alle ein Stück bewegen, dann ist es möglich, auf dem Rat die finanzielle Vorausschau zu verabschieden. Ich bin viel zu sehr eine gute Deutsche, um nicht zu sagen, dass sich ganz unzweifelhaft auch die Briten bewegen müssen. Aber es kann nicht sein – das ist der Punkt –, dass von der einen Seite Flexibilität erwartet wird und von der anderen Seite gesagt werden kann: Für uns sind diese Dinge sakrosankt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Gernot Erler [SPD]: Sie haben Tony Blair in seiner Haltung doch bestärkt!)

Sie haben kein Wort darüber gesagt, dass durch die Festlegung der Agrarsubventionen für die gesamten **Zukunftsaufgaben** jetzt natürlich nur noch ein sehr geringer Spielraum vorhanden ist; denn die nationalen Beiträge müssen sich – das ist richtig – im Rahmen halten. Das erkennt man, wenn man insbesondere einen Blick in den eichelschen Haushalt wirft. Aber die Tatsache, dass das so ist, nämlich dass wir jetzt praktisch nur noch bei den Zukunftsbereichen reduzieren können, wirft wieder kein gutes Licht auf Europa; denn gerade im Forschungsbereich und den anderen Zukunftsbereichen, in denen wir angesichts der Globalisierung Nachholbedarf haben, müsste Europa stark sein. Aber da sind jetzt äußerste Restriktionen angesagt. Auch das macht die Verhandlungen so schwierig.

(B)

Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat gestern dazu seine Sicht niedergeschrieben.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ganz treffend, ja!)

Er hat deutlich gemacht: Von dieser Perspektive muss ein Zukunftssignal ausgehen und darf nicht ein Signal der Vergangenheit ausgehen. – Das würden wir gern sehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb, Herr Bundeskanzler, wünsche ich und wünschen wir von ganzem Herzen, dass dieser Rat, ein entscheidender Rat, heute und morgen das Signal an die Bürgerinnen und Bürger Europas aussendet, dass die Staats- und Regierungschef verstanden haben: Ein einfaches Weiter-so wird Europa zerstören.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: So ist es!)

Es muss eine Veränderung geben.

(Zuruf von der SPD: Welche Veränderungen denn?)

Es wäre gut, wenn Deutschland genau in diesem Prozess eine führende Rolle spielen könnte. Die Menschen schauen auf uns. Die Menschen in Europa wissen, dass die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands dazu bei-

trägt, dass auch Europa wirtschaftlich nicht stark genug ist. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb muss es nach meiner festen Überzeugung eine klare Priorität für die **Lissabon-Agenda** geben, das heißt eine klare Priorität für Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung, um in Europa Beschäftigung zu bekommen. Alle Richtlinien müssen auf den Prüfstand, um zu klären, ob sie genau diesem Ziel dienen. Es muss eine politische Kontrolle dessen geben, was in der Kommission an Richtlinien verabschiedet wird. Es muss ein politisches Bekenntnis geben in den Fragen: Was brauchen wir? Was brauchen wir nicht? Wo sind wir vielleicht falsch vorgegangen? Nach meiner festen Überzeugung müssen Tatsachen geschaffen werden in der Frage: Wie geht es über das hinaus, was Sie heute gesagt haben, mit dem Erweiterungsprozess weiter?

Wir glauben, dass die Türkei-Frage in den Abstimmungen der Länder eine wichtige Rolle gespielt hat. Dies dürfen wir nicht unterschätzen und auch nicht verdrängen. Ich sage schon heute: Es wäre ganz unverantwortlich, wenn man über zehn Jahre Verhandlungen mit der Türkei immer mit der Perspektive einer Vollmitgliedschaft führte, wissend, dass in den Ländern, in denen zum Schluss Referenden stattfinden, nie eine Mehrheit für den entsprechenden Beschluss zu bekommen ist.

Das ist unverantwortliche Außenpolitik, Herr Bundeskanzler.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eine solche Außenpolitik machen wir nicht mit. Wir sagen das, was wir meinen, im Inland genauso wie im Ausland. Manchmal sind die Gespräche schwieriger, wenn man nicht alles versprechen kann. Aber Wahrhaftigkeit und Verlässlichkeit müssen wieder ein Zeichen deutscher Politik werden. Dies ist im Augenblick leider nicht so. (D)

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Gert Weisskirchen das Wort.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Liebe Frau Kollegin Merkel, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Bei dem Lärm da drüben?)

Ich habe allerdings zwei Bemerkungen zu Ihrer Rede zu machen. Sie haben auf meine Frage leider nicht geantwortet.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie haben ja gar keine gestellt!)

Ich hätte Sie gern gefragt, wo denn der weiterführende Gedanke in Ihrem Debattenbeitrag geblieben sei.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

- (A) Auch nach 20 Minuten Ihrer Rede habe ich nicht eine Sekunde lang bemerkt, dass Sie einen weiterführenden Gedanken dargestellt hätten.

Die Union ist so, wie sie sich gegenwärtig in ihrer Kakophonie zeigt, nicht europafähig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Ich will Ihnen auch sagen, warum, liebe Frau Merkel. Sie haben nichts zu dem gesagt, was der Bundeskanzler Sie gefragt hat: Wo blieb Ihre Antwort auf die Frage, was Sie mit Tony Blair besprochen haben?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich führe einen zweiten Punkt an, liebe Kollegin Merkel: Wo bleibt eigentlich Ihre Antwort auf das, was Herr Wissmann erklärt? Wo bleibt Ihre Antwort auf das, was der saarländische Ministerpräsident erklärt? Wie gehen Sie damit um, dass diese Union zeigt, dass sie nicht fähig ist, ein klares und überzeugendes europapolitisches Konzept vorzulegen? Wo bleibt auf all dies Ihre Antwort? Ihre Antwort war ein Nichts. Sie sind durchgefallen, was Ihren eigenen Anspruch auf einen weiterführenden Gedanken anlangt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse:

Frau Merkel? – Sie verzichten.

- (B) Dann erteile ich dem Kollegen Franz Müntefering, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Franz Müntefering (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlass für die heutige Debatte ist dreierlei: zum Ersten der Brüsseler Gipfel, der heute beginnt und zu dem der Kanzler über die wichtigsten Punkte informiert hat, die dort zu besprechen sind; zum Zweiten die Situation, in der sich Europa insgesamt im Umgang mit dem Verfassungsvertrag befindet; und zum Dritten natürlich auch die Instrumentalisierung des Themas Europa durch die Opposition und im Speziellen durch die CDU/CSU.

Wie eben schon gesagt worden ist, stimmten wir vor einem Monat im Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit dem Verfassungsvertrag zu. Am 27. Mai tat dies der Bundesrat in gleicher Weise. Deutschland hat also seine Zustimmung zu diesem Verfassungsvertrag gegeben. Damit haben insgesamt zehn Länder in Europa bisher mit Ja gestimmt; zwei Länder, in denen Referenden stattfanden, haben mit Nein gestimmt.

Dies ist die Grundlage für Sie, Frau Merkel, in dieser Woche einen **Bericht an Ihre Fraktion** zu fertigen, in dem steht:

... wird die CDU/CSU-Fraktion die Mitverantwortung der Regierung Schröder an der schwierigen Situation der EU deutlich machen.

Zehn Länder dafür und zwei dagegen – Sie aber schreiben Ihrer Fraktion: Lasst uns jetzt im Deutschen Bundestag die Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür verantwortlich machen, dass bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden mit Nein gestimmt worden ist. Dazu kann ich nur sagen: Eine famose Opposition!

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie werden noch ein bisschen genauer. In Ihrem an die Fraktion gerichteten Papier schreiben Sie außerdem, das habe mit dem EU-Beitritt der Türkei – Sie schreiben nicht „Beitrittsverhandlungen“, sondern „EU-Beitritt der Türkei“ –, der Schwächung des Stabilitätspaktes und der engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zu tun. Das sind die drei Vorwürfe, die Sie der Bundesregierung entgegenhalten und die Sie, wie Sie ankündigen, auch heute alle miteinander wieder erheben wollen. Darüber wird im Einzelnen noch zu sprechen sein.

Zum Vorwurf der engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich: Die Geschichte der deutsch-französischen Zusammenarbeit kennt meine Generation noch. Frankreich und Deutschland waren Feinde. Sie haben sich gegenüber gestanden. Das ist Gott sei Dank seit über 60 Jahren vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Art und Weise, wie Sie heute die Freundschaft zwischen unseren Völkern und unseren Regierungen kommentieren, ist unter dem Niveau, das sich eine Opposition hier leisten sollte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Gerade Sie müssen von Niveau sprechen!)

Dagegen – das kann man wohl sagen – ist Absurdistan geradezu ein Hort der Logik. Sie wissen, dass Ihre Beweisführung Unsinn ist.

Mit dem **Verhalten**, das Sie nach den beiden Referenden in Frankreich und den Niederlanden gezeigt haben, verbinden Sie ein einziges Interesse: Sie wollen das Diffamierbarkeitspotenzial von Fremdenfeindlichkeit in dem anziehenden Wahlkampf der nächsten Monate hier in Deutschland parteitaktisch für sich nutzen. Das Diffamierbarkeitspotenzial von Fremdenfeindlichkeit nutzen – darauf stellen Sie es ab. Das ist eine famose Opposition, die sich bei dem ersten Gegenwind zum europäischen Projekt in die Büsche schlägt, statt mit uns zusammen für die Sache einzustehen und den Menschen zu sagen: Jawohl, es gibt Probleme und Dinge, die geklärt werden müssen, aber wir wollen gemeinsam dieses Europa. Wir reden es nicht herunter, sondern machen uns daran, die Probleme zu lösen und die Details zu klären, und sorgen dafür, dass es in diesem Europa wieder vorangeht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Franz Müntefering

- (A) An Ihrem Verhalten gegenüber dieser Frage, Frau Merkel, wird Ihre Handlungsweise und die Ihrer Fraktion sehr plastisch. Es geht Ihnen nicht um die Klärung von Details. Es geht Ihnen nicht um die Lösung von Problemen. In Ihrer Rede eben haben Sie säuberlich aufgezählt, was es für Probleme gibt. Die kennen wir auch. Sie haben aber nichts dazu gesagt, was man tun kann, um diese Probleme zu lösen und aus dem Weg zu räumen. Darum geht es aber.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es geht Ihnen nicht um die Lösung der Probleme, es geht Ihnen auch nicht um unser Land, es geht Ihnen nicht um Europa, sondern es geht Ihnen um Ihre persönliche Macht.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ihre Sprüche über Patriotismus werden an dieser Stelle besser entlarvt, als wir es vorher mit unseren Worten hätten tun können. Sie führen sich selbst ad absurdum in der Art und Weise des Umgangs mit diesem Thema.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

1990, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wurde die deutsche Einheit möglich und auch Realität. 1990 wurde auch die **europäische Einheit** möglich. Wir sind auf dem Weg dahin. Neue Demokratien entstanden nach Jahrzehnten, die von Diktaturen und Kriegen geprägt waren. Die Kommunisten haben nicht nur Mauern gebaut und eiserne Vorhänge heruntergelassen, sie haben auch die Volkswirtschaften dieser Länder schrottreif gemacht und demokratische Bestrebungen unterdrückt.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die westeuropäische Union – das waren wir: eine westeuropäische Union – hat nun die Chance, zu einer europäischen Union zu wachsen. Seitdem sind wir auf dem Weg dahin. Sie aber wissen nichts Besseres, als das Ganze parteitaktisch zu wenden und vor dieser Folie zu argumentieren. Es geht um das Ergreifen einer riesigen historischen Chance, wie sie Europa noch nie gehabt hat. Aber Sie als Oppositionsvorsitzende reden kleinkariert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die **Erweiterung der EU**, das wissen wir alle, ist einer der wichtigsten Prozesse im Rahmen der Neuordnung der Welt in diesem Jahrzehnt und hat damit wahrlich eine historische Dimension. Das Gelingen dieses Prozesses ist die Bedingung dafür, dass dieses Europa ein friedliches und Frieden stiftendes Europa ist, ein ökonomisch reiches und ein sozial gerechtes Europa ist. Dies wollen wir miteinander erreichen. Dafür streiten wir und daran arbeiten wir. Wir lassen uns auch nicht irremachen durch Rückschläge, die es gibt, oder Zweifel, die berechtigt sind oder nicht.

Wir arbeiten an den **Lösungen**, zum Beispiel was die praktische Organisation und die demokratische Legitimation dieses Gebildes angeht, dieses Gebildes, das ein-

malig auf der Welt ist, das kein Bundesstaat ist, das kein Staatenbund ist, das ein Verbund ist, der seine Wege sucht, wie man demokratisch legitimiert Politik in Europa organisieren kann. Dazu ist dieser Verfassungsvertrag ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Das glauben wir und deshalb versuchen wir, daran zu arbeiten.

(C)

Aber ist es denn so verwunderlich, dass es beim Erwachsenwerden von Europa auch **Schwierigkeiten** gibt, dass dieses Zusammenwachsen, das so einmalig ist und das es noch nie gegeben hat, dazu führt, dass diese 25 Völker nach dem richtigen Weg suchen müssen? Das ist doch keine Schande. Was sollen denn die Generationen nach uns dazu sagen, dass, wenn zehn Länder in Europa beschließen, dem Verfassungsvertrag zuzustimmen, und zwei das noch nicht wollen, uns – bzw. Ihnen, Frau Merkel – nichts Besseres einfällt, als für Panik zu sorgen und das mit kleinkariertem Parteipolitik zu verbinden? Wir müssen doch den nachfolgenden Generationen sagen: Wir haben an dieser Stelle nicht mal eben nachgegeben, sondern wir suchen einen Weg, weil wir dieses Europa wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir arbeiten an den Lösungen, zum Beispiel was die **Verlässlichkeit von Verträgen** angeht. Frau Merkel hat eben mit Blick auf **Rumänien** und **Bulgarien** gesagt, dass sie deren zukünftigem Beitritt positiv gegenübersteht. Das will ich so zur Kenntnis nehmen; das freut einen ja auch. Ich empfehle Ihnen, Frau Merkel, allerdings: Schicken Sie einmal einen Rundbrief an die eigene Partei, damit das auch alle erfahren.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe da in der letzten Zeit alle möglichen Geschichten gelesen und gehört. Möglicherweise ist das, was Sie gesagt haben, Ihre persönliche Meinung; aber offensichtlich wissen das längst noch nicht alle in Ihrer Partei.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Ihre Briefe
liest bei der SPD ja niemand mehr!)

Wenn Sie einen solchen Rundbrief schreiben, dann schreiben Sie auch gleich zur **Türkei** etwas dazu und erklären Sie Ihren Mitgliedern einmal eindeutig, was denn nun gilt: Verhandlung ergebnisoffen oder in Richtung „auf keinen Fall Mitgliedschaft“? Sie müssen sich einmal für eines von beiden entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Entweder stehen wir am Beginn einer Verhandlung, die ergebnisoffen ist, oder wir stehen am Beginn einer Verhandlung, die nie zu einer Mitgliedschaft führen soll. Klären Sie einfach einmal dieses kleine Problem untereinander und lassen Sie Herrn Glos gleich sagen, was er an dieser Stelle meint: ergebnisoffen oder Ausschluss der Mitgliedschaft? Sie müssen sich schon für eines von beiden entscheiden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Franz Müntefering

- (A) Wir arbeiten an den Lösungen und dazu gehört auch die Bekämpfung von unerwünschten Folgen nach **Öffnung der Grenzen**. Das hat übrigens relativ wenig mit der Vergrößerung der EU zu tun. Das ist etwas, was in den Jahren 1989/90 begonnen hat. Oder wollen Sie uns ernsthaft erzählen, das sei eine Konsequenz aus der Erweiterung der EU um zehn Länder zum 1. Mai des vergangenen Jahres? Oder wollen Sie uns erzählen, das habe etwas damit zu tun, ob Bulgarien oder Rumänien zur EU gehören oder nicht? Seit es den Eisernen Vorhang nicht mehr gibt, ist die Grenze offen – Gott sei Dank. Seitdem haben wir in Deutschland diese Problematik, die uns allen miteinander Sorge macht, die dazu geführt hat, dass es in unserem Land in hohem Maße illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit gibt, dass es die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach Deutschland gibt. Dagegen müssen wir etwas tun. Eines, was man dagegen tun kann, ist, diese Länder in die EU aufzunehmen und mit ihnen ordentliche Verträge abzuschließen. Das ist besser als nicht geregelte Verhältnisse zwischen diesen Ländern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir arbeiten daran, dass es in diesem Europa in Sachen Mitbestimmung und **Arbeitnehmerrechten** vorangeht. Da sind wir Sozialdemokraten ganz besonders stolz auf das, was die Bundesregierung – der Bundeskanzler, aber auch der Wirtschafts- und Arbeitsminister – geleistet hat. Die Idee der Arbeitnehmerrechte und der Mitbestimmung ist in keinem anderen europäischen Land so ausgeprägt wie bei uns in Deutschland; nirgendwo sind sie so umfangreich. Wir haben diese Idee nach Europa getragen und den anderen Ländern gesagt: Schaut euch das an! Damit ist Deutschland gut gefahren. Wir haben gelernt, dass soziale Marktwirtschaft einschließlich Arbeitnehmerrechte ein konkurrenzfähiges System ist. Der soziale Frieden in Deutschland hängt ganz eng damit zusammen, dass wir solche Arbeitnehmerrechte haben und gehabt haben. Bitte, seid in Bezug auf Europa klug! Macht etwas Vergleichbares! Nehmt uns zumindest unsere Möglichkeiten nicht! Wir haben mit verschiedenen europäischen Verträgen dazu beigetragen, dass die Mitbestimmung in deutschen Betrieben durch die europäische Dimension nicht zerstört wird. Wir treten dafür ein, dass in Europa das Verständnis dafür wächst, dass man mit sozialem Frieden im eigenen Land politisch und auch ökonomisch besser als in denjenigen Ländern dasteht, wo das nicht an der Tagesordnung ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir arbeiten für dieses Europa, auch was die Lösung der Probleme im Hinblick auf die **soziale Ordnung** angeht. Der Verfassungsvertrag, um den es geht, enthält entsprechende Vorgaben. Sie haben diesem Vertrag zugestimmt, auch wenn Sie darüber jetzt nicht mehr sprechen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Kaufen Sie sich ein Insektenspray!)

- Frau Merkel, würden Sie diesem Vertrag heute noch einmal zustimmen, ja oder nein? Wie soll ich Ihre in der Zwischenzeit abgegebenen Kommentare verstehen? (C)

In der europäischen Verfassung steht, dass wir eine soziale Marktwirtschaft wollen. Eine soziale Marktwirtschaft zu schaffen, das ist eine große Herausforderung. Damit verbunden ist die Chance, die Region Europa zu einer Wirtschaftsregion mit sozialem Hintergrund in einer globalisierten Welt zu machen. In einer Zeit, in der Märkte und Geld entgrenzt sind, kann dieses Europa die große Chance sein, in unserem Land und auch in den anderen europäischen Ländern dafür zu sorgen, dass die soziale Ordnung nicht weggespült wird, und zu zeigen, dass die Ökonomisierung eben nicht das Einzige ist, was diese Welt zusammenhält. Ich wiederhole: Wir wollen eine soziale Ordnung – in unserem Land, aber auch in Europa.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Keine Ahnung von Ökonomie!)

Wir arbeiten an der Lösung der Probleme. Das kann man zum Beispiel daran erkennen, dass wir eine **Steuerpolitik** in Europa anstreben, die nicht zu einem Steuerrumpelwettbewerb zwischen den europäischen Ländern führt. Die Bundesregierung versucht, Bemessungsgrundlagen zu finden, die für alle Länder gelten. Mit anderen Worten: Die Bundesregierung bemüht sich, einen Korridor zu finden, in dem man sich vernünftig bewegen kann. Das ist vernünftig, auch für unsere eigene Volkswirtschaft. Es macht doch keinen Sinn, dass sich die europäischen Länder mit Lohndumping und mit Steuerrumpel gegenseitig bekämpfen. Wir müssen die Stärken Europas bündeln, um daraus die Stärke Europas zu entwickeln, die es braucht, um als Wirtschaftsregion im Wettbewerb mit anderen Regionen der Welt bestehen zu können. Daran arbeiten wir. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bundeskanzler und Bundesregierung haben deshalb die **Dienstleistungsrichtlinie** in der hier vorgelegten Fassung zurückgewiesen. Sie haben in Richtung Europa gesagt: So geht das nicht. Wir wissen, dass der Dienstleistungsmarkt in Europa harmonisiert werden muss. Wir sind da nicht blauäugig. Wir wissen: Da muss man sich bewegen. Wir wollen es aber nicht so, wie es Bolkestein und Co aufgeschrieben haben, und deshalb wird das so auch nicht kommen. Was wäre daraus geworden, wenn Sie darüber zu entscheiden gehabt hätten? Was wäre dann auf dem Dienstleistungsmarkt in Deutschland eigentlich los? Dazu sollten Sie einmal etwas sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Millionen Menschen sind dort beschäftigt und sie haben Angst vor dem, was aus ihnen wird, wenn es in diesem Bereich zu großen Veränderungen kommt.

Wir arbeiten an den Lösungen der mit dem **Entsendegesetz** verbundenen Probleme. Schönen Gruß! Vielleicht

Franz Müntefering

- (A) sollten Sie sich an dieser Stelle bewegen und einmal etwas Konstruktives dazu sagen, was Sie davon halten, die Entsenderichtlinie so zu gestalten, dass der Geltungsbereich des Entsendegesetzes bei uns in Deutschland verbreitert werden kann, wodurch die Fragen in den Niedriglohnbereichen in vernünftiger Weise beantwortet werden können.

Wir haben in Europa einiges unternommen, um gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität gemeinsam vorzugehen. Wir sind längst der größte Handelspartner, was Investitionen angeht, aber auch was den Handel mit allen neuen Mitgliedstaaten betrifft. Auf die Nettobeiträge und auf Deutschlands Engagement in Europa ist der Bundeskanzler eben eingegangen.

Frau Merkel, da Sie es angesprochen haben, möchte ich zum Thema „Forschung in Europa“ Folgendes nachtragen: Der Lissabon-Prozess verläuft gut. Die Entscheidung der Bundesregierung und dieser Koalition, im Jahre 2010 so weit zu sein, dass wir 3 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für **Forschung und Technologie** ausgeben, bleibt eine der Grundlagen dafür, dass Europa an seinem 3-Prozent-Ziel festhalten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese 3 Prozent – dieses Ziel hat sich Europa gesteckt – werden doch nicht aus der europäischen Kasse gezahlt; vielmehr werden sie zu 85 Prozent oder zu 90 Prozent in den Haushalten der einzelnen Nationalstaaten ausgewiesen. Unsere Koalition hat seit der Regierungsübernahme 1998 den Haushalt für Forschung und Entwicklung um 35 Prozent erhöht.

- (B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie, Frau Merkel, Herr Kohl und auch die FDP haben diesen Haushalt in den 90er-Jahren dagegen heruntergefahren. Wir wollen, dass Europa 3 Prozent seines Einkommens für Forschung und Entwicklung ausgibt; aber das muss vor allen Dingen über die nationalstaatlichen Haushalte und damit über die entsprechenden Wirtschaften, also unter anderem über die Unternehmen in den jeweiligen Ländern, finanziert werden.

Eines ist heute Morgen noch in ganz besonderer Weise anzusprechen. Es geht nicht nur um die Lösung solcher Probleme, an der wir arbeiten, sondern auch darum, dass wir uns voll bewusst sind, dass dieses Europa eine Friedensmacht ist, auf die viele in dieser Welt gucken. Die Integration Europas bleibt im Kern ein Friedensprojekt. **Frieden** zu schaffen und zu bewahren, ist der Kern des europäischen Einigungsprozesses. So ist er entstanden. Als man sich nach dem Krieg 1945 zusammensetzte, war das die große und erste Idee: Das darf nicht mehr passieren. Wir müssen aneinander rücken. Wir müssen Freunde werden.

Wir haben durch Europa seit mehr als fünf Jahrzehnten Frieden. Wir haben Demokratie. Wir haben Schutz der Menschenrechte. Wir dürfen uns im Klein-Klein der europäischen Integration nicht von dieser großen Perspektive abbringen lassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (C)

Friedenserhalt im Innern ist Voraussetzung für eine aktive Friedenspolitik nach außen.

Die Erwartungen an die EU sind in der ganzen Welt groß. Mehr europäisches Engagement in den Bereichen **humanitäre Hilfe** und **Konfliktbewältigung** erwartet die Welt von uns. Unsere Partner bei der UNO und anderswo in der Welt wissen: Europa hat wertvolle Erfahrung, wie man mit Konflikten umgeht, wie man Frieden schafft, wie man friedliche Zusammenarbeit und Wohlstand organisiert.

Die Bundesregierung von Gerhard Schröder steht zu dieser Politik, und nicht nur das: Sie prägt diese Politik der Friedensstiftung und der Friedenserhaltung in ganz entscheidender Weise mit, nicht nur in Europa, sondern weit darüber hinaus in der ganzen Welt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Haltung der CDU/CSU in der **Irakfrage** ist nicht vergessen. Damals, als Bundeskanzler Gerhard Schröder eine schwierige und richtige Entscheidung traf, stahlen Sie sich davon und wetterten im Ausland gegen die Politik Deutschlands. Frau Merkel, deutsche Interessen in Europa und der Welt vertreten, das können Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen weiter für dieses Europa kämpfen und streiten. Wir wissen: Da wird es auch Rückschritte geben. Wir wissen: Da liegt mancher Stein im Wege. Aber wir wollen diesen Weg weitergehen. Wir wollen helfen, dass Europa in eine gute Zukunft geht. Soziale Marktwirtschaft, Vollbeschäftigung, sozialer Fortschritt, Förderung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Schutz, Gleichstellung von Frauen und Männern, Solidarität zwischen den Generationen und der Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Diskriminierung sind Ziele europäischer Politik geworden. Das soll so bleiben. Europa ist und bleibt für uns zu wichtig, um uns auf dem bislang Erreichten auszuruhen. Wir wollen, dass es mit Europa vorangeht. (D)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegen Friedbert Pflüger das Wort.

Dr. Friedbert Pflüger (CDU/CSU):

Herr Müntefering, wie alle anderen Kollegen auch habe ich eben gehört, dass Sie einen Bericht von Frau Merkel an die Fraktion vom Dienstag dieser Woche zitiert haben. Sie haben gesagt, in diesem Brief habe Frau Merkel der Regierung Schröder die Mitverantwortung für drei Fehler zugeschoben: die Forcierung des EU-

Dr. Friedbert Pflüger

- (A) Beitritts der Türkei, die Schwächung des Stabilitätspaktes und – so haben Sie gesagt – die enge **deutsch-französische Zusammenarbeit**.

Ich habe mir den Bericht in der Zwischenzeit kommen lassen und will Sie einfach nur darauf hinweisen, dass Sie nicht korrekt zitiert haben. Frau Merkel hat nicht die deutsch-französische Zusammenarbeit kritisiert, die für uns nach wie vor von entscheidender Wichtigkeit für den Frieden auf unserem Kontinent bleibt, sondern „ein falsch verstandenes deutsch-französisches Tandem“, das die EU „dominiert“ habe.

(Lachen bei der SPD)

Das ist in der Tat ein entscheidender Unterschied.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Müntefering, stellen Sie doch bitte nicht das in Frage, was für alle in diesem Haus zu den wichtigsten Dingen gehört, die nach dem Krieg geschaffen worden sind: die deutsch-französische Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit zwischen Adenauer und de Gaulle, Schmidt und Giscard, Kohl und Mitterrand. Daran gilt es selbstverständlich festzuhalten. In den letzten Jahren ist es aber so gewesen, dass das deutsch-französische Tandem weniger als Führung ernst genommen worden ist und man ihm vielmehr in den kleinen und mittleren Ländern zunehmend Misstrauen wegen seines Dominanzversuches entgegengebracht hat. Das gilt es in der Tat zu kritisieren. Das hat Frau Merkel getan, auch in ihrer heutigen Rede.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Präsident Wolfgang Thierse:**
Kollege Müntefering, Sie haben Gelegenheit zur Antwort.

Franz Müntefering (SPD):

Herr Kollege, ich kann das, was Sie gesagt haben, ausdrücklich bestätigen. Ich will Ihnen den Gesamtzusammenhang darstellen. Nachdem zehn Länder der EU-Verfassung zugestimmt haben und in zwei Ländern die Referenden nicht erfolgreich waren, haben Sie sich in Ihrer Fraktion am Dienstag auf die Debatte heute mit einem Brief von Frau Merkel vorbereitet, der wie folgt lautet – ich lese die Passage einfach vor; dann kann sich jeder sein eigenes Bild machen –:

Anlässlich der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum Europäischen Rat in Brüssel am 16./17. Juni 2005 wird die CDU/CSU-Fraktion die Mitverantwortung der Regierung Schröder an der schwierigen Situation der EU deutlich machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

– Klatschen Sie ruhig. –

Die Forcierung des EU-Beitritts der Türkei, die Schwächung des Stabilitätspaktes und der Versuch, über ein falsch verstandenes deutsch-französisches Tandem die EU zu dominieren, haben zu einem vielschichtigen Misstrauen gegenüber dem europäischen Integrationsprozess geführt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist noch schlimmer, als Sie es eben zitiert haben. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was für eine Logik ist das denn: Vor drei Wochen im Bundesrat und vor vier Wochen hier haben Sie dem Verfassungsvertrag zugestimmt und im Nachhinein, weil die Menschen in Frankreich und in den Niederlanden andere Entscheidungen getroffen haben, unterstellen Sie, die Bundesregierung sei für die Schwierigkeiten verantwortlich, die in Europa vorhanden sind. Was für eine kleinkarierte, famose Opposition haben wir hier im Deutschen Bundestag!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Wolfgang Gerhardt, FDP-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Wolfgang Gerhardt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Müntefering, wenn es so einfach wäre, dass wir mit dem gemeinsamen Bekenntnis, dass wir die deutsch-französische Freundschaft für wichtig halten – das tun wir –, dass wir auf Europa angewiesen sind – das wissen wir – und dass die Wiedervereinigung Europas, also die Erweiterung um die ost- und mittelosteuropäischen Reformstaaten, richtig ist – davon sind wir überzeugt –, Öffentlichkeiten gewinnen könnten, dann wäre es ja schön. Aber, Herr Kollege Müntefering, Sie wissen selbst, dass das, was Sie hier vorgetragen haben, die Menschen nicht erreicht. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn dann hätten die Referenden anders ausgehen müssen. Es gibt über die europäische Frage und die Angewiesenheit der Nationalstaaten keinen Dissens – weder mit den Niederländern noch mit den Franzosen noch mit den Briten noch mit den Dänen. Aber es gibt in der Gesellschaft anscheinend einige andere Argumente als die, die üblicherweise hier im Bundestag ausgetauscht werden.

Diese liegen klar auf der Hand. Wenn Sie und ich sagen, dies sei nicht nur eine **Entscheidung zum Verfassungsvertragsentwurf** gewesen, sondern es hätten viele weitere Gründe hineingespielt – diese kann man nachlesen; man hört entsprechende Stimmen –, dann ist festzustellen, dass in Bezug auf diese Gründe ein Punkt unverkennbar und unbestreitbar ist: die mangelnde Zuversicht der Menschen. Die hätte es in Deutschland auch im Hinblick auf die Zukunft, die Arbeitsplätze und die **sozialen Chancen** gegeben.

Dies ist immer – auch von vielen Staatsmännern der Luxuskategorie in den Mitgliedstaaten – in Form eines Verschiebebahnhofes auf Brüssel gelenkt worden. Es ist aber die nationale Aufgabe einer jeden Regierung, den Menschen soziale Chancen zu geben, für Beschäfti-

Dr. Wolfgang Gerhardt

- (A) gungsdynamik zu sorgen und damit die Atmosphäre herzustellen, dass die Menschen Europa als Benefit empfinden und keine Verängstigung zeigen, wenn wir nun eine größere Union werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine der klaren Voraussetzungen ist nicht, dass wir zehnmal sagen: Wir brauchen Europa. Das haben wir schon zwanzigmal gesagt. Die Voraussetzung dafür, Europa wieder in Gang zu bringen, beginnt bei uns, bei der Beschäftigungsdynamik in Deutschland und dem Zutrauen der Menschen und nicht nur beim Durchlesen des Verfassungsvertragswerks.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Kollege Müntefering, auch wenn Sie Ihre Frage nur rhetorisch gemeint haben, sage ich Ihnen: Wenn das Verfassungsvertragswerk heute noch einmal zur Abstimmung stünde, würde die Fraktion der FDP ihm wieder zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Trotzdem müssen Sie die Frage beantworten, was Sie tun, wenn es auch in anderen Ländern nicht ratifiziert wird. Auf diese Frage haben Sie keine Antwort gegeben. Sie haben gesagt: Wir halten Kurs. Man muss aber immer aufpassen, dass Kurshalten nicht mit einem Verhalten nach dem Motto „Mit dem Kopf durch die Wand“ verwechselt wird und so in Misskredit gerät.

- (B) Wenn das derzeitige Verfassungsvertragswerk keine Zustimmung findet – allerdings betone ich: wir haben Interesse daran, dass es sie findet –, müssen wir uns vorsorglich auf einen erneuten Anlauf vorbereiten, der dann unternommen werden muss, wenn sich Europa hoffentlich wieder in einer besseren wirtschaftlichen Situation befindet; denn derzeit schwächelt auch das berühmte Tandem Frankreich/Deutschland und hält die roten Laternen.

Daher müssen wir uns Gedanken darüber machen, vielleicht ein etwas schmaleres Verfassungsvertragswerk auf den Weg zu bringen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

statt den Bürgern eine so große Portion zuzumuten, in der auch **Gemeinschaftsverträge** beinhaltet sind, die man allerdings herausnehmen und sekundärrechtlich regeln könnte. Wissen Sie: Die Begreifbarkeit Europas hängt auch an der Fähigkeit, das einfach und konzentriert darzustellen. Es geht nicht darum, ein möglichst großes Kompendium zu entwickeln.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Kollege Müntefering, Herr Bundeskanzler, an Ihre Adresse gerichtet sage ich sehr offen: Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Frage der Erweiterung und speziell die Frage, ob die **Türkei** dereinst Mitglied der Europäischen Union sein sollte, in den Köpfen der Menschen eine Rolle spielt. Sie hat wahrscheinlich auch bei

den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden eine Rolle gespielt. Wenn wir unsere Landsleute in Deutschland ebenfalls befragen würden, würde sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch hier eine Rolle spielen. Ich wage sogar die Behauptung: eine größere Rolle als das Vertragswerk selbst.

Es gibt sehr kluge Menschen in Deutschland, die mit intellektueller Präzision sagen: Die Politik muss auch die Frage der Identität Europas beantworten, damit es sich nicht unheimlich grenzenlos entwickelt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Wenn die Menschen Europa nicht irgendwann als in seiner Gestalt abgeschlossen empfinden, werden sie Probleme haben, es zu befürworten.

Deshalb, Herr Kollege Müntefering, stelle ich die Frage, was gegenüber der Türkei ehrlicher ist. Ebenso wie ich erachten auch Sie den Prozess der Verhandlung für notwendig, weil Zusagen gemacht worden sind. Gleichzeitig aber sagen Sie, dieser Prozess sei ergebnisoffen. Herr Kollege Müntefering, wäre es nicht ehrlicher, von vornherein auch eine Alternative zur Vollmitgliedschaft gedanklich einzubeziehen,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

weil Sie die Situation nicht ausschließen können, dass es am Ende zu einem Verhandlungsergebnis kommt, das durch Referenden in den Mitgliedsländern der Europäischen Union zunichte gemacht wird? Auch das gehört zur Wahrheit. Wer das verschweigt, nicht einkalkuliert und sich nicht vorsorglich damit befasst, der würde einen großen außenpolitischen und europapolitischen Fehler und einen Fairnessfehler gegenüber der Türkei machen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Ehrlichkeit halber muss gesagt werden: Die Europäische Union ist ein großer Stabilitätsanker. Sie hat uns die größte Periode des Friedens geschenkt, die wir je hatten. Auch bietet sie eine unglaubliche Chance, um dem Wettbewerb in einer globalisierten Welt standzuhalten. Aber die Menschen haben auch ein Recht darauf, zu erfahren, wo sie endet. Sie ist kein allgemeiner Mitgliederverein, sondern eine Europäische Union mit Kontur. Wir wollen sie vertiefen und ihr eine Verfassung geben. Wer ihr beitreten will, muss – das ist ganz klar – **Bedingungen** erfüllen, aber nicht nur formal auf dem Papier. Vielmehr muss sich als Grundlage der Vertragswerke auch eine Gesellschaft entwickeln, die diesen Geist atmet und diese Einstellung hat. Das alles ist nicht nur formal zu verstehen.

Ich komme deshalb auf diesen Punkt zu sprechen, weil eine europäische Idee völlig auf der Strecke geblieben ist, die für die europäischen Gesellschaften eigentlich die am meisten motivierende gewesen wäre: der **Lissabon-Prozess**. Neben dem Verfassungsvertrag war eine Zielsetzung der Europäischen Union, der innovativste wissensbasierte Raum der Welt zu werden und den

Dr. Wolfgang Gerhardt

- (A) Menschen das Selbstbewusstsein zu geben, dass wir das wirklich packen und den weltweiten Wettbewerb bestehen können.

Aber das ist nicht nur eine Aufgabe für Brüssel gewesen. Man hört ja auch heute noch Reden über den Lissabon-Prozess und über die Kommissionsentscheidungen dazu. Meine Damen und Herren, das liegt dort gar nicht. Wenn man, Herr Bundeskanzler, in Lissabon einen solchen Prozess verabredet, muss man als verantwortlicher Regierungschef für die Bundesrepublik Deutschland das Nötige veranlassen, damit wir ihn in Gang bekommen. Da ist – bei allem Respekt vor Ihrer Richtungsanzeige mit der Agenda 2010 – jetzt seit wenigen Wochen das Abbruchunternehmen SPD zu beobachten.

(Zurufe von der SPD: Na, na! – Günter Gloser
[SPD]: Vorsicht!)

Sie haben nicht mehr die Kraft, die Veränderungs- und Reformentscheidungen, die eigentlich notwendig wären, einen neuen Ehrgeiz und neues Selbstbewusstsein nach Europa zu bringen, in der nationalen Gesetzgebung mit ihren parteipolitischen Ausrichtungen zu vereinbaren. Sie haben sich hier abgemeldet; denn anders ist die Vertrauensfrage ja nicht zu werten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

- (B) Das ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen für Europa: Den Verfassungsvertrag, die Bewältigung der Erweiterung, das alles schaffen wir nur, wenn die jeweilige Gesellschaft auf diesem Weg mitgenommen wird. Bisher ist Europa zum sehr großen Teil ein Europa, das unter den politischen Eliten verhandelt ist. Wenn wir es stabilisieren wollen, muss es ein Europa der Gesellschaften werden; nur mit deren Konsens geht es.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Das Referendum ist deshalb nicht nur ein Referendum in Frankreich oder in den Niederlanden. Eigentlich haben uns die Bürger aufgefordert, über Tempo, Größenordnung und innere Gestalt der Europäischen Union nachzudenken. Schon die erste Kernfrage – damit will ich abschließen –, die bei den **Finanzverhandlungen** jetzt aufgekommen ist, kann nicht allein aus dem alten Tandem Deutschland/Frankreich beantwortet werden, weil man sich gegenseitig Zusagen gemacht hat. Auch dieses alte Tandem muss sich jetzt bewegen; das sage ich hier sehr offen. Ein Tandem ist nur so gut, wie es auch selbst Konsequenzen aus den Referenden zieht. Ohne Bewegung – gemeinsam verabredet mit den französischen Freunden – im Agrarbereich und ohne ein Bekenntnis zu Forschung, die ja der innovativste Teil ist, werden wir nicht weiterkommen, Herr Bundeskanzler. Niemand bestreitet die deutsch-französische Freundschaft. Wahr ist aber auch, dass sich Freundschaften manchmal bewähren müssen und sich gegenseitig Anstöße zur Bewegung geben müssen. Sie müssen jetzt in den Finanzverhandlungen ein Stück Führung übernehmen und den französischen Partner auf diesem Weg auch mitnehmen; sonst wird es nicht gelingen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile Kollegin Krista Sager, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Krista Sager (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Merkel, ich bin gerne bereit, Ihr Wort aufzunehmen, es könne nach dem Nein zur Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden nicht einfach ein Weiter-so geben. Aber dann müssen wir uns auch darüber unterhalten, was das denn heißt. Was heißt das zum Beispiel für Ihre Partei? Davon habe ich heute nichts gehört,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

sondern Sie haben heute ein Weiter-so gemacht. Ich will gar nicht bestreiten, dass wir nicht einfach nur eine Krise im europäischen Prozess haben, sondern dass dieses Nein in Frankreich und in den Niederlanden auch auf andere Länder übergeschwappt ist und dass vieles dafür spricht, dass wir jetzt auch in den anderen Ländern, die **Referenden** geplant haben, Zeit brauchen, um wieder Vertrauen aufzubauen, wo es verloren gegangen ist, oder auch dort zu stabilisieren, wo es gefehlt hat; dass wir dafür Zeit brauchen und dass wir auch darüber reden müssen, wie wir diese Störung im Verhältnis der politischen Eliten zu den Bürgerinnen und Bürgern beheben müssen und was die Eliten eventuell auch anders machen müssen. Ich glaube, es ist richtig, dass es hier nicht einfach ein Weiter-so geben kann.

Aber in der Art und Weise, wie heute hier gerade von den letzten Rednern versucht worden ist, **Angste** der Bürgerinnen und Bürger wieder auf nationale parteipolitische Mühlen zu lenken, das war das typische Weiter-so, das es in vielen Staaten in Europa seit Jahren viel zu viel gibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Einige von Ihnen hatten Gelegenheit, mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Josep Borrell, zu reden. Ich finde, er hat etwas sehr Wahres gesagt. Er hat gesagt, dass viele europäische Politiker, wenn sie im tagespolitischen Blaumann unterwegs sind, also die Alltagsmontur anhaben, immer gerne sagen, dass nicht sie die unbequemen Reformen und sozialen Einschnitte haben wollten, sondern dass es Europa war. Wenn es darum geht, Defizite in der nationalen Politik zu erklären, dann wird Europa als Grund angeführt. Wenn es darum geht, die Bürokratie zu kritisieren – aber sind 16 Länderregelungen zu Umweltstandards wirklich besser als eine entsprechende EU-Regelung? –, dann ist immer Europa schuld. Wir, die Politiker in den europäischen Ländern, sind immer gut dabei, entweder Europa vorzuschieben oder uns hinter Europa zu verstecken, wenn es um nationale Defizite geht. In den Sonntagsreden allerdings sind wir dann immer gut dabei, wenn

Krista Sager

- (A) sich Europa auf Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Gerechtigkeit reimt.

Ich glaube, mit diesem Weiter-so müssen wir Schluss machen. Die Bürgerinnen und Bürger merken nämlich, dass es hier bei der politischen Elite in Europa eine Kluft zwischen den Alltagsreden und den Sonntagreden gibt. Diese Kluft müssen wir auch in diesem Hause schließen. Damit hätten wir heute eigentlich beginnen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Aus meiner Sicht brauchen wir Besonnenheit. Zur Besonnenheit gehört auch, dass Europa jetzt nicht mit Vertragsbruch auf die Ratifizierungsprobleme reagieren darf. Wir können erwarten, dass **Bulgarien und Rumänien** ihre Verträge einhalten. Aber auch wir müssen zu diesen Verträgen stehen.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Wir können die Menschen in Rumänien und Bulgarien jetzt nicht zum Blitzableiter machen, weil es in Frankreich und in den Niederlanden gedonnert hat. Auch das gehört zur Besonnenheit, die wir jetzt brauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Frau Merkel, ich habe Ihnen bei diesem Punkt sehr genau zugehört.

(Gernot Erler [SPD]: Das lohnte sich nicht!)

- (B) Ich habe herausgehört, dass Sie das im Prinzip auch so sehen. Sie müssen dann aber auch dafür sorgen, dass Ihre Partei in diesem Punkt auch draußen im Land mit einer Stimme spricht. Es macht die Bürgerinnen und Bürger wuschig, wenn Sie hier im Bundestag sagen, dass das wohl nicht anders geht und dass wir wohl vertragstreu sein müssen, während Ihre Leute im Wahlkampf draußen bei den Kreisverbänden etwas völlig anderes sagen. Hier fängt es schon damit an, dass es mit dem Weiter-so nicht weitergehen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Auch noch ein Wort zur **Türkei**: Frau Merkel, auch hier kann es mit dem Weiter-so nicht weitergehen. Sie können sich diese Sache nicht so leicht machen, wie Sie das tun; Sie können sich nicht derart in die Büsche schlagen. Es ist auch Teil der Verängstigung der Bürgerinnen und Bürger, wenn man ständig den Eindruck erweckt, als stünde der Beitritt der Türkei unmittelbar bevor und als wäre das aufgrund der Vertragsverhandlungen praktisch entschieden. Auch das ist eine parteipolitische Angstmacherei. Das entspricht nämlich nicht den Tatsachen.

Der Streit geht um etwas völlig anderes. Wir wissen, dass die Entscheidung darüber, ob die Türkei Mitglied werden kann oder nicht, in zehn oder 15 Jahren getroffen wird. Dann gibt es eine andere Türkei, ein anderes Europa und es werden wahrscheinlich auch viele andere Politiker darüber zu entscheiden haben. Das vernebeln Sie aber. Der Streit geht darum, dass Sie heute die Möglichkeit vom Tisch nehmen wollen, dass die Entschei-

dung in zehn Jahren überhaupt so getroffen werden könnte, dass es zu einer Mitgliedschaft kommt. Das ist verantwortungslos, weil das zu einer Destabilisierung in der Türkei und in der ganzen Region beiträgt. Das müssen die zukünftigen Generationen ausbaden. (C)

Sie können es den zukünftigen Generationen nicht verwehren, dass sie in dieser Entscheidung frei sein müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Es ist doch keine rot-grüne Erfindung, dass es diese Möglichkeit zumindest geben soll. Wir stehen damit doch in der **Kontinuität** der Politik auch konservativer Regierungen in diesem Lande. Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie sich hier in die Büsche schlagen. Damit wollen Sie verwischen, dass Sie hier Ihre eigene Kontinuität durchbrochen haben. Das ist billiger Populismus. Mit diesem billigen Populismus darf es auch nicht weitergehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Herr Gerhardt, Sie haben gesagt, man müsse sehen, wovor die Menschen Angst haben. Das ist richtig. Dazu gibt es Umfragen; auch das haben Sie erwähnt. In den Niederlanden haben die Menschen hauptsächlich davor Angst, als ein kleines Land unter die Räder zu kommen. Das haben wir auch in Dänemark erlebt. Das kann uns aber auch das Vertrauen geben, solche Krisen zu überwinden. Die **europäische Verfassung** gibt hier doch gerade Antworten. Wenn die nationalen Parlamente eine stärkere Kontrolle darüber erlangen, dass Europa nicht all das regelt, was national und regional besser geregelt werden kann, dann stellt dies eine Verbesserung dar. Es ist wichtig, den Bürgern klar zu machen: Das, was ihr nicht wollt, kann durch die Verfassung gerade vermieden werden. Ein Nein zur Verfassung bedeutet demgegenüber ein „Weiter-so“ mit dem, was ihr kritisiert, nämlich Demokratie-, Transparenz-, Kontroll- und Mitwirkungsdefizite. (D)

Zu einer Sache haben Sie gar nichts gesagt, Herr Gerhardt. Bei den Franzosen war es eindeutig. Die Franzosen haben hauptsächlich Angst, dass das **europäische Sozialmodell** baden geht. Auch in diesem Punkt muss man die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Dazu habe ich von Ihnen kein Wort gehört.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Tatsache ist doch: Die Bürgerinnen und Bürger stehen zum europäischen Gesellschafts- und Sozialmodell.

(Zuruf von der CDU/CSU: 5 Millionen rot-grüne Arbeitslose in diesem Land, und Sie halten solche Reden!)

Aber sie haben im Moment – das hat die Diskussion über die Bolkestein-Direktive gezeigt – Angst, dass ihnen das, was sie schon auf nationaler Ebene nicht wollen, nämlich die Schleifung von Arbeitnehmerrechten, die Schwächung von Gewerkschaften und die

Krista Sager

- (A) Vorherrschaft von kaltem Marktradikalismus, auf dem Umweg über die europäische Ebene übergestülpt wird, ohne dass sie dies verhindern können. Dazu, wie Sie den Menschen diese Angst nehmen wollen, haben Sie heute kein Wort gesagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir die Ängste der Menschen ernst nehmen, dann ist es extrem wichtig – das sage ich auch in Richtung der Linken in diesem Hause –, dass wir nicht den Eindruck verfestigen, die **Globalisierung** sei erst mit der europäischen Erweiterung über Westeuropa gekommen.

(Zuruf von der SPD: Wer sagt denn das?)

Das ist völlig falsch. Das Gegenteil ist der Fall: Europa ist die Antwort auf die Globalisierung, weil die Nationalstaaten zu schwach geworden sind, sich gegen die Herausforderungen der Globalisierung zu behaupten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Europa bietet gerade auch Deutschland die Chance, dass durch die Globalisierung nicht nur Arbeitsplätze verloren gehen – das kann man möglicherweise nicht immer verhindern –, sondern auch neue Arbeitsplätze entstehen. Das muss aber auch die Linke in Deutschland den Menschen viel deutlicher machen.

(Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Welche Linke?)

- (B) Wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, Europa, die Globalisierung und all das, was noch von außen kommt, miteinander zu vermischen. Hier müssen wir aufpassen, dass wir nicht unnötig Ängste schüren, sondern wir müssen den Menschen deutlich machen: Wer zu Europa Nein sagt, der wird die Folgen der Globalisierung noch härter zu spüren bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was wir jetzt brauchen, ist ein **handlungsfähiges Europa**. Ein Nein führt zu einem Rückfall in nationalstaatliche Egoismen.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sie überzieht ihre Redezeit! – Michael Glos [CDU/CSU]: Sie überzieht immer!)

Die europäischen Staaten müssen als Gemeinschaft den Rückfall in nationalstaatliche Egoismen verhindern. Das kann kein einzelner Staat alleine machen. Für das Ziel, dass Europa gemeinschaftlich Ja zu Handlungsfähigkeit und Nein zu nationalstaatlichen Egoismen sagt, wünsche ich dem Bundeskanzler auf dem Gipfel Fortune. Wir alle gemeinsam werden es brauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Michael Glos, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Glos (CDU/CSU):

(C)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, dass die Redezeit, die Herr Müntefering am Schluss für sich in Anspruch genommen hat, nicht auf meine Redezeit angerechnet wird; denn Sie, Herr Müntefering, haben sehr exakt all unsere Argumente vorgelesen. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Herr Bundeskanzler musste zum europäischen Gipfel. Er hat mir versichert, dass er nicht wegen meiner Rede weggeht, sondern dass er sie im Gegenteil gerne gehört hätte.

(Günter Gloser [SPD]: Das kann ich mir vorstellen!)

Er hat mir aber nicht versichert, dass er die Reden von Rot-Grün heute gern gehört hat. Normalerweise hätte ich gesagt, Sie könnten ihm das ausrichten. Aber man weiß heute nicht mehr, wer wem was überhaupt ausrichtet; denn Sie bestehen inzwischen aus verschiedenen Fraktionierungen und die Grünen sind der ehemalige Koalitionspartner.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre gut, wenn bei diesem schwierigen Zustand unseres Landes zumindest Europa in Ordnung wäre. Aber dass Europa nicht in Ordnung ist, ist Rot-Grün auch mit zu verdanken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(D)

Wer gefährdet das **Projekt Europa**? Das Projekt Europa gefährden diejenigen, die Europa überfordert haben. Die Warnungen der Opposition und die Bitte, zu versuchen, eine Gemeinsamkeit herzustellen, hat man glatt in den Wind geschlagen. Das betrifft Hinweise sowohl in der Sache – wir haben vor Entwicklungen gewarnt – als auch den Umgang miteinander. Ich erinnere daran, dass es zu Helmut Kohls Zeiten immer auch einen EU-Kommissar gab, der nicht Parteifreund gewesen ist bzw. auch einmal eine andere Meinung eingebracht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Man hat nach dem Motto gehandelt: Wir brauchen die Opposition nicht. – Dabei hat man vergessen, dass man auf dem Weg nach Europa das Parlament und nicht zuletzt über das Parlament insbesondere auch die Menschen im Land mitnehmen muss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bekenne mich auch nach dem Debakel, das es jetzt in Frankreich und Holland gegeben hat, zu meinem Abstimmungsverhalten. Ich würde heute diesem Vertrag trotz aller Mängel, die er hat, wieder zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber wenn das deutsche Volk hätte abstimmen müssen, dann, so befürchte ich, wäre die Abstimmung so ausge-

Michael Glos

- (A) gangen, wie sie in Frankreich und in Holland ausgegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es hat nämlich die Gemeinsamkeit gefehlt und letztendlich hat auch die Erklärung für viele Schritte, die gemacht worden sind, gefehlt.

Ich frage noch einmal: Wer hat das Projekt Europa infrage gestellt? Das Projekt Europa ist von einer Politik infrage gestellt worden, die die Menschen in Europa überfordert hat. Dazu gehört zum Beispiel das rot-grüne Projekt, **Deutschland** mit allen Mitteln zu einem **Einwanderungsland** zu machen. Das war eines der Hauptmotive, warum Sie die **Vollmitgliedschaft der Türkei** gewollt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Günter Gloser [SPD]: Wo leben Sie denn?)

Nicht zuletzt daran ist das leider gescheitert.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen schauen – dafür können Sie noch sorgen; die Bundesregierung ist ja wohl noch ein bisschen im Amt –, dass jetzt, bevor man mit Beitrittsverhandlungen beginnt, also wenn die Weichen gestellt werden, die Staaten, die sich ein Stück festgelegt haben – das ist ja keine Vereinbarung mit der Türkei, sondern eine innerhalb der 25 –, nicht nur allein die Vollmitgliedschaft zum Ziel haben. Wir haben unmittelbar vorher im Bundestag darüber debattiert und herzlich gebeten, man möge das Ergebnis offen halten und auch eine **privilegierte Partnerschaft** in Betracht ziehen. Sie haben das ausdrücklich abgelehnt. Das können Sie jetzt nachholen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Frau Merkel und ich hatten ein Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan und dem Außenminister Gül. Wir haben in diesem Gespräch – das war bei seinem letzten Besuch hier – für das Projekt der privilegierten Partnerschaft geworben. Der Ministerpräsident hat uns gesagt: Wissen Sie, ich habe ein gewisses Verständnis dafür. Aber warum soll ich mit der Opposition über die privilegierte Partnerschaft reden, wenn mir die Bundesregierung die Vollmitgliedschaft anbietet? – Genau so ist es gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Das ist es!)

Die Aussicht der Türkei auf die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union hat dazu geführt, dass die Franzosen so abgestimmt haben, wie sie abgestimmt haben.

(Günter Gloser [SPD]: Was haben Sie 1997 gefordert?)

Dasselbe gilt für die Holländer.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie werden auch bei der Bundestagswahl die Quittung dafür bekommen.

- (Beifall bei der CDU/CSU – Gernot Erler [SPD]: Warum zählt denn immer nur das Nein? Zehn Länder haben zugestimmt!) (C)

– Sie haben zugestimmt – die zehn Länder, nicht Sie; Sie müssen keine Angst haben, dass ich Sie meine; ich beantworte gerade die Frage –; Frankreich hat auf Regierungsebene deshalb zugestimmt, weil es der deutsche Bundeskanzler wollte und weil man darin eine große Gemeinsamkeit gesehen hat.

Das war auch sehr früh absehbar. Ich habe damals bei der Feier zum 40-jährigen Bestehen des Élysée-Vertrags in Paris beim Mittagessen neben Herrn Fabius gesessen und ihn gefragt, wie er über eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union denkt. Er antwortete, dass er zwar als Mitglied der Sozialistischen Partei dafür sei, aber er wisse, dass die Mehrheit der Wähler dagegen sei; er wisse deshalb noch nicht, auf welche Seite er sich in der Auseinandersetzung stellen werde. Inzwischen haben wir gemerkt, auf welche Seite er sich gestellt hat.

Sarkozy hat uns bei seinem Besuch bei uns in Kreuth ebenfalls erklärt, dass seines Wissens die Mehrheit der Franzosen dagegen sei. Als letzter Versuch wurde die französische Verfassung dahin gehend geändert, dass über den Beitritt eines weiteren Landes oder weiterer Länder in die Europäische Union separat abgestimmt werden muss. Das gilt schon für einen möglichen Beitritt der Türkei. Sie werden doch nicht im Ernst glauben, dass das nach diesen Abstimmungen noch möglich ist. Deswegen halte ich die Politik des „Weiter-so“ und die Hoffnung, dass andere Länder in Aussicht einer Vollmitgliedschaft der Türkei den Verfassungsvertrag in der vorliegenden Fassung ratifizieren – Blair hat das schon abgelehnt – nicht für realistisch.

(D)

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Diese Verbindung ist auf jeden Fall richtig!)

Es gibt noch weitere Gründe, warum wir in der Europapolitik jetzt quasi vor einem Scherbenhaufen stehen. Das hängt damit zusammen, dass es alle Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland – auch Willy Brandt und Helmut Schmidt – geschafft haben, auf der einen Seite mit unserem wichtigsten Partner **Frankreich** und auf der anderen Seite auch mit den **Vereinigten Staaten von Amerika** ein gutes Verhältnis zu pflegen, und dass nicht versucht wurde, zu spalten, sondern dass wir Deutschen immer wieder zusammengeführt haben. Das haben Schröder und die rot-grüne Bundesregierung nicht getan. Sie haben Europa gespalten.

Wir haben vor und während des Irakkriegs erlebt, dass Europa nur noch durch den Euro zusammengehalten wurde. Ansonsten hat sich Europa ein Stück weit in ein „altes“ und ein „neues“ Europa aufgelöst. Ohne die Vereinigten Staaten von Amerika wird es aber niemals ein einiges Europa geben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Gernot Erler [SPD]: Die sind aber für den Türkei-Beitritt!)

Sie waren – damit meine ich den Bundeskanzler als Institution – nie ein ehrlicher Makler. Das begann schon

Michael Glos

- (A) schlimm: Ich erinnere daran, wie unser kleines Nachbarland Österreich behandelt wurde,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Zuruf von der CDU/CSU: Pfui Teufel!)

weil Schüssel es gewagt hatte, eine andere Koalitionsregierung zu bilden, als es sich die europäische Internationale des Sozialismus vorgestellt hat. So hat es angefangen!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Man hat sich dann immer wieder über die **Interessen der kleinen Länder** hinweggesetzt. Es war die Stärke von Helmut Kohl, dass er sich dafür eingesetzt hat, gerade die kleinen Länder freundlich zu behandeln;

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Mir kommen die Tränen!)

denn die haben in der Regel einen Komplex gegenüber ihrem großen Nachbarn.

Ein weiterer Grund dafür, dass das Vertrauen bei uns sehr geschwunden ist, besteht darin, dass der **europäische Stabilitätspakt** einfach in den Wind geschossen und die Warnungen nicht ernst genommen wurden. Gerade die Deutschen haben aufgrund ihrer historischen und damit verbundenen monetären Erfahrungen ein anderes Verhältnis zu einer stabilen Währung als zum Beispiel unsere italienischen Freunde.

Inzwischen kaufen die Italiener unsere Banken auf.

(Zuruf von der SPD: Eure in Bayern!)

- (B) Aber darüber regt sich auch niemand mehr auf.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf von der SPD: Das ist doch absurd!)

– Diese Einwände habe ich erwartet. Ich will nur darauf hinweisen, wohin es mit uns Deutschen ein Stück weit gekommen ist. Wir haben damals, als Theo Waigel und Helmut Kohl mit der Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion und selbstverständlich auch der FDP den Stabilitätspakt, die Maastricht-Kriterien usw. durchgesetzt haben, niemals gedacht, dass ausgerechnet die Deutschen die Ersten sein werden, die voll dagegen verstoßen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Oder nehmen Sie die Bildung dieser seltsamen **Achse Paris–Berlin–Moskau** als Beispiel. Inzwischen ist schon ein Stück abgebrochen. Die Achse läuft in Richtung Frankreich nicht mehr ganz so gut. Nun gibt es eine Überbetonung der Achse Berlin–Moskau. Das allein kann es auch nicht sein, insbesondere nicht, wenn dabei der Eindruck entsteht, dass man sich über die Länder glatt hinwegsetzt, die dem Eisernen Vorhang entkommen sind und nun Mitglied und Teil Europas sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Über die überhastete **Osterweiterung** ist schon gesprochen worden, genauso wie über Rumänien und Bulgarien. Dort ist es der deutschen Verhandlungsstrategie – entweder aus Unfähigkeit oder aus mangelndem politischen Willen – nicht gelungen, die gleichen Konditionen

festzulegen, wie sie zum Beispiel Österreich mit diesen beiden Ländern vereinbart hat. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir müssen die Ängste der Bürger vor ständigen **Arbeitsplatzverlagerungen** aus Deutschland hinaus oder vor **Lohndumping**, das mit der Dienstleistungsrichtlinie ein Stück weit einhergeht, ernst nehmen. Hier werden die seltsamsten Regelungen ausgenutzt.

(Zuruf von der SPD: Sie haben von nichts eine Ahnung!)

Dass das die Bürgerinnen und Bürger wirklich interessiert, zeigt, dass sich Ihr ehemaliger Parteivorsitzender Lafontaine dieses Themas auf seine Art angenommen hat.

(Zuruf von der SPD)

– Nein, das kann kein Vorbild sein. – Er hat das mit gewaltigen Entgleisungen gemacht; das können Sie in der „Bild“-Zeitung von heute nachlesen. Er hat von „massenhaften Fremdarbeitern“ gesprochen, obwohl dieser Ausdruck aus der Nazizeit kommt. Er meint damit, dass die Menschen vor der großen Illegalität – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – Angst haben. Dafür hat er gewaltigen Beifall bekommen. Sie sollten keine Angst vor uns und unserer Politik haben. Vielmehr sollten Sie Angst vor dem Populismus haben, der nun auf üble Art ausgebrochen ist. Als Willy Brandt gesagt hat: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“, hat er eigentlich gemeint, dass die beiden deutschen Staaten zusammenwachsen sollen. Dieses Zusammenwachsen ist sicherlich schwierig. Aber das Zusammenwachsen der Linken, die immer ein Stück weit linke Sozialdemokraten waren, und der PDS-Kommunisten ist erstaunlich rasch gegangen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Populismus der Reden unterscheidet sich Lafontaine inzwischen in keiner Weise mehr

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Von Ihnen!)

von Herrn Gysi. Hier werden wir noch allerhand zu erwarten haben.

Ein einfaches „Weiter-so“ in Europa kann es nicht geben. Ich hoffe natürlich, dass sehr viele Länder den Verfassungsvertrag noch ratifizieren werden. Trotzdem muss man sich Gedanken machen, wie es weitergehen soll. Dazu gehört – das wurde schon gesagt; ich möchte es wiederholen –, dass nicht alle Lebensbedingungen bis in das kleinste Detail durch Richtlinien der **Bürokratie** in Europa geregelt werden dürfen. An dem, was Frau Sager gesagt hat, ist natürlich etwas dran. Unpopuläre Dinge wurden als Begründung immer auf Europa geschoben – vielleicht wäre sonst manche Frosch- und Krötenrichtlinie von Ihnen ganz alleine gemacht worden, Frau Sager –, obwohl in Wirklichkeit die deutschen Bürokraten und die deutschen Ministerien dafür verantwortlich waren. Insbesondere die von Ihnen geführten

Michael Glos

- (A) Ministerien haben Dinge durchgesetzt, die die Leute heute gewaltig ärgern.

(Beifall bei der CDU/CSU – Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, auch in den Bundesländern, die von Ihnen regiert werden!)

Die **finanzielle Konsolidierung** Europas muss mit großer Vorsicht angegangen werden. Wir haben nichts mehr zu verteilen; denn die deutschen Kassen sind vollkommen leer. Der Vorschlag, bei neuen Lösungen den Britenrabatt zu berücksichtigen und gleichzeitig auf die Nettorückflüsse zu achten, könnte zwar bedeuten, dass wir mit nur sehr wenig zusätzlichem deutschen Geld einen Kompromiss finden; dagegen hätte ich auch nichts. Aber das darf nicht auf dem Rücken der deutschen Bauern ausgetragen werden.

(Zustimmung bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD: Aha!)

Denn die Kofinanzierung ist entscheidend. Hätte man unseren Rat, von Beginn an auf Kofinanzierung zu bestehen, angenommen, dann hätte man heute nicht solch große Schwierigkeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich meine auch, Europa braucht ein Stück Gemeinsamkeit. Dazu gehört auch eine **europäische Identität**. Wenn wir Europa in jeder Hinsicht überfordern, wenn wir es finanziell überfordern, indem wir zu rasch aufnehmen, indem Hilfgelder jetzt schon im Hinblick auf eine mögliche Mitgliedschaft bis nach Kleinasien fließen, wenn wir vergessen, dass zu einem Gemeinsamkeitsgefühl auch gemeinsame Traditionen, gemeinsame Bräuche und ein gemeinsamer historischer Hintergrund gehören, dann überfordern wir, wie ich meine, die Menschen auf dem Weg nach Europa.

- (B)

Vor allen Dingen, meine sehr verehrten Damen und Herren, können wir Europa wieder vorwärts bringen, wenn wir statt Wachstumsbremse wieder Wachstumsmotor in Europa werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Insofern gibt es nicht nur gute Aussichten und gute Möglichkeiten für Deutschland, sondern über die Wahlen in Deutschland, die hoffentlich wie vorgesehen stattfinden werden, auch gute Aussichten für Europa.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Gernot Erler [SPD]: Das war aber sehr lustlos, Herr Kollege!)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Angelica Schwall-Düren, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

(C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! „Europa lässt die Menschen nicht mehr träumen. Das Europa, wie es ist, liebt man nicht, und deshalb wird das Europa, wie es laut Verfassung sein sollte, abgelehnt.“ Das sagte vor wenigen Tagen der Ratspräsident Jean-Claude Juncker.

In der Tat befinden wir uns am Vorabend einer wichtigen Konferenz des Europäischen Rates europapolitisch in Schwierigkeiten. Wir alle müssen uns fragen: Wollen wir ein nach innen und außen handlungsfähiges Europa? Und wenn ja, worauf kommt es jetzt an? Von der Opposition habe ich dazu jedenfalls heute keinerlei Antworten gehört

(Beifall bei der SPD)

außer einigen populistischen Entgleisungen und widersprüchlichen Aussagen.

Bevor man Antworten auf die Fragen gibt, muss man allerdings verstehen, was die Bürger und Bürgerinnen mit ihrem Wahlverhalten ausdrücken wollten. „Le nouvel Observateur“, eine französische Wochenzeitung, hat kurz vor dem Referendum getitelt: „Die Antwort lautet Nein, aber was war die Frage?“ Diese Frage müssen wir uns wirklich beantworten.

Der Präsident des Europäischen Parlaments hat uns gesagt: Die Menschen haben nicht über den **Verfassungstext** abgestimmt und Nein gesagt, sondern sie haben über den Kontext abgestimmt. Ich glaube, das ist richtig. Abgesehen von einigen unverbesserlichen Souveränisten, Nationalisten und Euroskeptikern hat bei vielen Gegnern des Verfassungsvertrages eine Vielzahl von Motiven, vor allem vielerlei innenpolitische Motive, eine Rolle gespielt: Unzufriedenheit mit der Regierung, Angst vor Arbeitslosigkeit, vor weiteren sozialen Einschnitten, vor sozialer Ausgrenzung, Unsicherheit über die eigene Zukunftsperspektive. Die Menschen sind auch der bewusst geschürten Angst aufgesessen, die schnelle **Erweiterung** sei nicht zu bewältigen. Herr Glos hat dazu heute wieder einen Beitrag geleistet.

(Günter Gloser [SPD]: Aber welchen?)

Man hat die politische Integration Europas und die konkrete Politik nicht als richtige Antwort auf die Herausforderungen der **Globalisierung** verstanden. Im Gegenteil, viele Verfassungsgegner haben sich einreden lassen, die EU sei das Trojanische Pferd einer bedrohlichen ungesteuerten Globalisierung.

Die Menschen wollen aber kein Europa der Konzerne, des Sozialabbaus, des ungehemmten Wettbewerbsradikalismus. Das ist die Gemeinsamkeit. Phänomene von illegaler Arbeitnehmerüberlassung, von Scheinselbstständigkeit, nicht nur im nationalen, sondern auch im europäischen Rahmen, sind ja nicht zu leugnen. Aber Ursache dafür ist nicht die EU. Diese Phänomene verdunkeln die Sicht auf die Chancen, die uns die EU bietet als Wachstumsmotor und als erfolgreiches Gesellschaftsmodell im internationalen Wettbewerb. Bundeskanzler Schröder und unser Fraktionsvorsitzender haben darauf hingewiesen, dass

(D)

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) Deutschland am meisten von der Öffnung der Märkte in Mittel- und Osteuropa profitiert hat. Hunderttausende von Arbeitsplätzen sind dadurch gesichert.

Meine Damen und Herren, Willy Brandt hat als Alterspräsident des ersten frei gewählten gesamtdeutschen Bundestages gesagt: „Wir haben die Einheit Deutschlands im Innern zu vollenden, die Einheit Europas voranzubringen und unserer gewachsenen Verantwortung in der Welt gerecht zu werden.“ Deshalb heißt es zuallererst, das erfolgreiche europäische Friedensprojekt voranzubringen und eingegangene Vereinbarungen einzuhalten. Die befriedende Wirkung der EU-Perspektive ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Es darf daher nicht aus populistischen Gründen ein Abrücken vom vertraglich vereinbarten Fahrplan geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Helmut Kohl hat vor zwei Tagen auf einer Konferenz der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik Folgendes gesagt: Ich kann nur davor warnen, außenpolitische Entscheidungen unter kurzfristigen wahlkampftaktischen Gesichtspunkten infrage zu stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Michael Glos [CDU/CSU]: So wie Schröder das vor der letzten Bundestagswahl getan hat!)

Recht hat der Altbundeskanzler, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU. Wer sich vom Beitritt Rumäniens und Bulgariens distanziert oder wie Herr Wissmann sagt, die EU sei für längere Zeit an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit angelangt, der beweist, dass er nicht regierungsfähig ist.

- (B)

(Beifall bei der SPD – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Sie brauchen ein anderes Volk, um regieren zu können!)

Ein wichtiges Vertrauensgut der EU ist es, dass sie verlässlich ist und sich an ihre Zusagen hält. Das war immer Konsens in Deutschland. Die EU darf das Vertrauen, das sie genießt, nicht aus kurzfristigen opportunistischen Gründen aufs Spiel setzen; denn eine interne Vertrauenskrise wird nicht durch eine externe Vertrauenskrise gelöst.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Stimmt!)

Auch ohne die Zustimmung der Franzosen und der Niederländer ist die **EU-Verfassung** weiterhin wichtig; denn sie schafft mehr Demokratie, Effizienz und Transparenz innerhalb der EU. Deswegen kann es nicht auf Dauer mit dem Nizza-Vertrag weitergehen. Ohne die Verfassung wird es schwierig, die Erweiterung zu meistern. Ohne die Verfassung könnte Europa zu einer Freihandelszone ohne soziale und ökologische Grundpfeiler werden. Ohne die Verfassung wird es schwieriger für Europa, als weltpolitischer Akteur mit Gewicht aufzutreten und zur gestaltenden Kraft bei der Globalisierung zu werden. Die Ratifikation jetzt auszusetzen ist deshalb keine Alternative. Das wäre auch ein Schlag gegen die Länder, die die Verfassung bereits ratifiziert haben. Des-

wegen kann ich nicht verstehen, dass Ihr Kollege von der EVP, Ingo Friedrich, anfängt, sich von dieser Verfassung zu distanzieren. (C)

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer)

Gleichzeitig müssen wir noch deutlicher als bisher für die Grundwerte und die politischen Ziele der Verfassung werben. Wir wollen mit der Verfassung die Verankerung der **sozialen Marktwirtschaft** als grundlegendes Prinzip des Wirtschaftens erreichen. Die Verpflichtung der EU, ihre Politik auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt auszurichten sowie soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz zu fördern, muss in der Arbeit der europäischen Institutionen sichtbar werden. Eine Abschottung europäischer Volkswirtschaften vom Weltmarkt und vom Wettbewerb ist kein taugliches Konzept. Deswegen müssen wir den populistischen Wirrungen von rechts und links eine überzeugende Argumentation entgegensetzen.

(Beifall bei der SPD)

Sowohl mit der Renationalisierung als auch mit Versprechungen auf unbezahlbare Sozialromantik werden die Menschen belogen.

Ich darf hier Jürgen Habermas zitieren:

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Oh je!)

Die Regierungskraft des Nationalstaates reicht längst nicht mehr aus, um ambivalente Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung abzufedern.

Und weiter: (D)

Allein auf europäischer Ebene kann ein Teil der politischen Steuerungsfähigkeit zurückgewonnen werden, die auf nationaler Ebene so oder so verloren geht.

Deshalb ist es unverantwortlich, wenn beispielsweise Ministerpräsident Stoiber bei jeder Gelegenheit gegen den – angeblichen – europäischen Superstaat polemisiert. So mobilisieren Sie antieuropäische Ressentiments in Deutschland. So wecken Sie einen Geist, den Sie nicht mehr in die Flasche zurückbekommen. Der europäische Superstaat, der Ihrer Meinung nach die Nationen vernichtet, ist ein Popanz. Niemand will ihn.

Welche Konsequenzen müssen wir konkret ziehen? Wir haben heute schon über die Chancen gesprochen, die sich mit der Lissabon-Strategie bieten, um in Europa, auch in Deutschland, wieder in mehr Bereichen an die Spitze zu kommen. Aber wir müssen dies in einer Art und Weise tun, dass der frische Wind, den wir brauchen, nicht zu einem Durchzug wird, der die Schwachen auf die Seite bläst und nur die Starken standhalten lässt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen müssen wir auch den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie zurückweisen.

Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen. Wir setzen Vertrauen in den Europäischen Rat und seinen Vorsitzenden, Jean-Claude Juncker, dass es gelingt, diese Herausforderungen zu meistern. Kurzfris-

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) tige innenpolitische Erwägungen dürfen nicht dazu führen, dass das europäische Friedensprojekt gefährdet wird. Die EU ist der Garant für dauerhaften Frieden auf dem Kontinent, Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Deswegen appelliere ich auch an die europapolitische Verantwortung der Union.

Verantwortliche und verlässliche Europapolitik ist das Markenzeichen dieser Bundesregierung. Unser Bundeskanzler hat deswegen für die schwierigen Verhandlungen auf dem heute beginnenden EU-Gipfel die volle Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Bundestages.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben Vertrauen in sein Verhandlungsgeschick und seine Fähigkeit, Krisen zu meistern.

Wir Sozialdemokraten nehmen die besorgte Haltung der Bevölkerung ernst.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Und tun das Gegenteil!)

Aber gerade deshalb sind wir auch für Europa, für ein Europa mit sozialen Werten, dessen Erbe wir fortsetzen wollen, dessen Erbe nur wir fortsetzen können,

(Beifall bei der SPD)

für einen Kontinent des sozialen Fortschritts. Das war die Linie Willy Brandts, mit der er die Überwindung der Spaltung zwischen West und Ost vorangebracht hat. Diese Linie wird für uns heute und auch in Zukunft Gültigkeit haben.

(B)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Pau.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt aber nichts über Fremdarbeiter sagen!)

Petra Pau (fraktionslos):

Ihr Zwischenruf, Frau Sager, war unter Ihrem Niveau.

(Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Nicht, seitdem Sie sich Herrn Lafontaine eingehandelt haben!)

Sie sollten meine Position kennen.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bestimmt nicht übertrieben, wenn ich für die PDS im Bundestag festhalte: Die Europäische Union ist in einer tiefen Krise. Eigentlich steckt sie in mindestens drei Krisen: Wir haben eine EU-Verfassungskrise, wir haben eine EU-Haushaltskrise und wir haben eine tief gehende EU-Legitimationskrise. Das alles ist nicht gut. Es hat sich lange abgezeichnet. Schauen Sie auf die Wahlen zum Europäischen Parlament in den zurückliegenden Jahren! Die Teilnahme sank von Wahl zu Wahl. Immer mehr Menschen wurde die **Europäische Union** gleich-

(C) gültig; viele finden sie sogar abstoßend. Das halte ich für schlimm; denn eine soziale, eine friedliche, eine demokratische Union ist eine urlinke Vision und sie wäre eine gute Antwort auf die Geschichte. Sie wäre ein wichtiger Beitrag für die Welt.

Deshalb mahnen wir alle: Wir dürfen die Krise der Europäischen Union nicht kleinreden. Wir müssen sie annehmen und vor allem müssen wir sie meistern. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die EU ein fernes Gebilde, das ihnen nicht viel Gutes verheißt. Das kann stimmen, das muss aber nicht stimmen; in vielen Fällen stimmt es auch nicht. Aber eine solche ablehnende Stimmung ist nun einmal weit verbreitet und sie hat ganz reale Ursachen. Politisch gesagt: Es mangelt der EU an Transparenz und an Demokratie. Genau dieses Manko musste sich über kurz oder lang negativ auswirken und es hat sich bei den Volksabstimmungen über die EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden auch ausgewirkt.

Umso mehr warne ich allerdings davor, dass sich Deutschland nun als Musterlände fühlt, nur weil Bundestag und Bundesrat die EU-Verfassung ratifiziert haben. Aus meiner Sicht war dies sogar ein großer Fehler; denn sie haben damit hierzulande das **Demokratie-defizit der EU** erhöht. Eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung wurde in Deutschland verhindert. Die Verhinderer haben damit den Bürgerinnen und Bürgern signalisiert: Wir schaffen die EU alleine, dazu werdet ihr eigentlich nicht gebraucht. Eine EU aber, die ihre Bürgerinnen und Bürger nicht braucht, kann natürlich auch keine Europäische Union der Bürgerinnen und Bürger sein.

(D)

Dieses Demokratiedefizit und die Folgen daraus sind das Resultat Ihrer Politik: der Politik von CDU/CSU, der SPD und den Grünen.

(Widerspruch bei der SPD)

Nur die FDP und die PDS haben mehrfach gemahnt, auch in Deutschland eine Volksabstimmung und damit generell mehr Demokratie zu ermöglichen. Die genannten Parteien, Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Kanzlerkandidatin Merkel, sie alle haben sich selbstherrlich darüber hinweggesetzt. Nun haben wir ein riesiges Problem, das vorhersehbar war. Kurzum, selbst nach sieben Jahren Rot-Grün ist Deutschland in Sachen Demokratie schlicht ein EU-Entwicklungsland.

(Günter Gloser [SPD]: Na, na, na! Also!)

Wir haben eine EU-Krise, die niemand ernsthaft gutheißen kann. Das Problem allerdings liegt noch tiefer. Es erschöpft sich nicht in der Form. Bürgerinnen und Bürger, die eine EU wollen, wollen natürlich auch eine EU für sich. Was sonst? Das führt dann zu der Frage, inwiefern in der EU wirklich das drinsteckt, was von der großen Politik versprochen wird.

Nicht nur in der Demokratiefrage, sondern auch hier gibt es große Defizite. Nehmen wir nur einmal den **Stabilitätspakt**, der den Euro hart halten soll. Er setzt Grenzen für die Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten; er ist in aller Munde und umstritten. Der CDU/CSU gilt

Petra Pau

- (A) der Stabilitätspakt sogar noch immer als Vorwand, um noch tiefer in soziale Netze einzuschneiden, als es Rot-Grün ohnehin schon tut. Dies führt dazu, dass viele sozial Betroffene die EU eher mit „Verlust“ übersetzen. Wir aber wollen EU als Gewinn.

Die PDS im Bundestag war immer skeptisch, wenn es um den Stabilitätspakt ging. Wir haben ihn damals abgelehnt. Die Alternativ- oder Ergänzungsforderung der PDS hieß immer **Sozialpakt**; denn wir brauchen in der EU endlich verbindliche Vereinbarungen, die Lohndumping verhindern, Steuerflucht erschweren und soziale, ökologische und demokratische Werte manifestieren. Genau dies wurde aber immer abgewehrt. Im Gegenteil, mit der so genannten Dienstleistungsrichtlinie sollte der allgemeine Sozialabbau sogar regelrecht als EU-Fortschritt verordnet werden. Dieser kapitale Unsinn verdient natürlich Widerstand; dagegen gibt es in der EU auch zu Recht Widerstand. Ein Sozialpakt indes könnte die EU für viele entschärfen und sogar interessant machen. Darum geht es mir und darum geht es auch der PDS.

Danke.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Rainer Steenblock.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Alle meine Vorredner haben an dieser Stelle deutlich gemacht, dass es in der Europäischen Union eine Krise gibt. Das ist überhaupt keine Frage. Wenn man aber analysiert, welche Konsequenzen von der deutschen Bevölkerung aus dieser Debatte gezogen werden könnten und welche Antworten auf die gemeinsame Feststellung, es könne nicht so weitergehen und wir müssten die Menschen in diesem Lande und in Europa ernst nehmen, gegeben wurden, dann kommt man, glaube ich, zu folgendem Ergebnis: Die Kollegin Merkel, die heute ihre erste Rede als Kanzlerkandidatin gehalten hat, hat keine einzige Antwort auf diese Herausforderung gegeben, vor der wir als deutsche Politikerinnen und Politiker stehen. Keine!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Zurufe des Abg. Dr. Gerd Müller [CDU/CSU])

Das Einzige, was sie gesagt hat, ist – ich grübele immer noch darüber, was sie damit gemeint hat –: Wir müssen zu einem Stopp der inneren Überdehnung Europas kommen. – Was wollte sie uns damit sagen?

(Günter Gloser [SPD]: Ja, das ist eine Nulllösung!)

Ich glaube, das Problem ist, dass die Rede von Frau Merkel, die etwas geschickter war als die plumpe Rede des Kollegen Glos,

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Wie bitte?)

im Ansatz und vom Muster her genau gleich angelegt (C) war. Es ging auch ihr nämlich darum, die Befürchtungen und die Ängste, die es in der Bevölkerung bezüglich Europas gibt, aufzunehmen

(Michael Glos [CDU/CSU]: Ja!)

sowie sie zu schüren und weiterzuentwickeln, um innenpolitisch daraus Kapital zu schlagen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Nein, das habe ich nicht gemacht!)

Das ist verantwortungslos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Michael Glos [CDU/CSU]: Die Menschen haben vor Ihnen Angst, nicht vor uns!)

Das ist verantwortungslos vor dem Hintergrund, dass Sie zu Recht – wir begrüßen das – dieser europäischen Verfassung zugestimmt haben. Sie haben hier deutlich gemacht, dass die europäischen Verträge eingehalten werden müssen. Nun aber stellen Sie sich hier hin und sagen unterschwellig, dass diese Regierung nicht das machen würde, was wir hier gemeinsam verabredet haben,

(Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Mit Ihnen haben wir gar nichts verabredet!)

und dass diese Verfassung nicht das beste Ergebnis sei, das in den Verhandlungen zwischen den 25 Mitgliedstaaten zu erreichen gewesen war.

Darüber hinaus sagen Sie dann auch immer noch, wie (D) Herr Glos: **Fremdenangst** ist etwas, was real in unserer Bevölkerung vorhanden ist. – Ja, das ist sie. Aber wenn Sie ferner meinen, dass jetzt die Türken kämen bzw. dass diese Bundesregierung dafür gesorgt habe, dass wir ein Einwanderungsland ohne Schranken wären,

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das hat doch der Herr Lafontaine gesagt!)

dann scheinen Sie überhaupt nicht mitbekommen zu haben, was diese Regierung geleistet hat!

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU])

Während Sie in dieser Frage völlig versagt und unbeschränkte Einwanderung zugelassen haben, hat die rot-grüne Bundesregierung Kriterien für die Einwanderung nach Deutschland aufgestellt. Genau das ist es, was wir tun müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Kollege Glos dagegen hat sich einzig und allein aus der Instrumentenkiste des Populismus bedient. Ich kann das ja vor dem Hintergrund verstehen, dass Sie jetzt Konkurrenz durch den ehemaligen Kollegen Lafontaine bekommen haben, denn in der Diktion der Fremdenfeindlichkeit unterscheiden Sie sich wenig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Rainder Steenblock

- (A) Ich finde das unerträglich, dass es so etwas in diesem Land gibt.

Auch in der Frage der **Osterweiterung** hätten Sie sich heute Morgen anders positionieren können. Natürlich gibt es in Deutschland Ängste, dass dadurch Arbeitsplätze gefährdet werden. Das ist überhaupt keine Frage. Es kommt auch zur Verlagerung von Arbeitsplätzen. Aber selbst der BDI, der ja nun nicht gerade das Zentralorgan der Grünen ist, hat heute Morgen erklärt, dass durch die Osterweiterung in Deutschland sehr viel mehr Arbeitsplätze innerhalb der Exportwirtschaft entstanden sind, als wir durch die Verlagerung verloren haben. Die Nettobilanz an Arbeitsplätzen ist positiv.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es wäre Ihre Aufgabe gewesen, heute den Menschen in Deutschland auch einmal zu sagen, dass die Erweiterung der Europäischen Union nicht nur ein Friedensprojekt und ein Projekt der europäischen Integration,

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das wissen wir doch!)

die wir alle wollen, ist, sondern auch ein ökonomisches Erfolgsprojekt für Deutschland. Das hätten Sie den Menschen, die Zweifel haben, sagen sollen, statt Ängste und Zweifel zu schüren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD – Michael Glos [CDU/CSU]:
Bei Ihrer Rede haben die Leute nur Freude!)

(B)

Nein, lieber Kollege Glos, aus dieser Verantwortung können Sie sich nicht stehlen. Sie arbeiten denjenigen zu, die sich als Brandstifter am europäischen Einigungsprozess betätigen. Sie unterstützen sie mit Ihrer Argumentation, wenn vielleicht auch nicht gewollt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

So gefährdet man das Projekt der europäischen Integration.

Wir können nicht weiter so machen. Das ist richtig. Wir müssen den Menschen sagen, wer Verantwortung trägt. Aber man darf nicht so tun, als ob sich in Brüssel Bürokraten völlig unkontrolliert auf ihren Spielwiesen austoben könnten. Vielmehr muss man den Menschen ehrlicherweise sagen, wie das Gesetzgebungsverfahren in Europa funktioniert und dass der Ministerrat, die Repräsentanten der nationalen Regierungen, im Wesentlichen dafür verantwortlich ist, welche Politik in Brüssel gemacht wird. Dahinter stehen alle Regierungen gemeinsam und nicht irgendwelche Buhmänner in Brüssel. Diese Verantwortlichkeiten müssen den Menschen klar gemacht werden, dann werden sie auch einsehen, dass sie auf nationaler Ebene kontrollieren können, was in Brüssel passiert, anstatt diese Mär von der unkontrollierten Brüsseler Bürokratie immer weiter auszuschmücken. Denn das ist auch kontraproduktiv mit Blick auf die Ziele, die wir in Europa haben. Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit auch von Ihnen sind da erforderlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD – Günter Gloser [SPD]: Glos
ist Brandstifter und Feuerwehr zugleich!) (C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine Riesenaufgabe vor uns: die Konsequenzen zu ziehen aus den Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Viele haben gesagt, dass auch eine ganze Reihe von innenpolitischen Gründen zu dem Ausgang der Abstimmungen geführt haben. Trotzdem müssen wir ernst nehmen, dass die Idee der europäischen Integration von vielen Menschen in Europa nicht nur positiv gesehen wird, sondern dass mit dieser europäischen Integration ebenso Ängste verbunden sind. Wir müssen die Alternativen dazu deutlich machen: Es gibt die reale Alternative der Rückkehr zu den **Nationalstaaten** in Europa. Die Krise hat deutlich gemacht, dass dies politisch-populistisch auch umsetzbar ist. Ich bin massiv gegen diese Alternative,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

weil ich glaube, dass Europa unter den Bedingungen der Globalisierung die Antwort ist – die Integration Europas, nicht die Überdehnung, sondern die Vertiefung der Spielregeln, die wir in Europa haben. Wir werden in dieser einen Welt als Europäerinnen und Europäer nur dann eine Zukunft haben, wenn wir Europa ausbauen und vertiefen, wenn wir den Menschen deutlich machen: Das ist der Schutzmechanismus gegen einen wilden Wettbewerb, ein Schutzmechanismus, den wir innerhalb Europas errichten müssen gegen Herrn Bolkestein und andere, die in Europa eine neoliberale Konzeption der Weltwirtschaft umsetzen wollen. Das wollen wir nicht. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Europa steht für soziale Gerechtigkeit, ökologischen Fortschritt und Innovation. Das ist die Zukunft, für die wir gemeinsam arbeiten müssen. Das ist unser Auftrag hier.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union auf Drucksache 15/5711. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung die Annahme des Antrags der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 15/5116 mit dem Titel „Für eine zukunftsgerichtete Weiterführung der Lissabon-Strategie – Neue Impulse zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommen worden.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

- (A) Unter Nr. 2 empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/5131 mit dem Titel „Zur Tagung des Europäischen Rates am 22./23. März 2005 – Stabilität und Wachstum stärken“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Darf ich noch einmal die Stimmen der CDU/CSU sehen?

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Wir enthalten uns, wenn Sie danach fragen!)

– Es gab Gegenstimmen; deswegen wollte ich das wissen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Hammelsprung! – Michael Glos [CDU/CSU]: Da sollten wir Herrn Küster um Rat fragen!)

Darf ich bitte die Enthaltungen sehen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP und einige Stimmen aus der CDU/CSU bei Enthaltung der Mehrheit der CDU/CSU angenommen worden.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union auf Drucksache 15/5709 zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Die finanzielle Vorausschau der EU den neuen Aufgaben anpassen“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/2978 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU/CSU angenommen worden.

- (B) Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/5361 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 a und 11 b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Michael Meister, Heinz Seiffert, Dietrich Austermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Steigende Staatsverschuldung verhindern – Aufweichung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts zurücknehmen

– Drucksache 15/5250 –

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss

- b) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Ernst Burgbacher, Rainer Funke, Otto Fricke, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Aufnahme von Stabilitätskriterien in das Grundgesetz)**

– Drucksache 15/3721 –

(Erste Beratung 132. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss) (C)

– Drucksache 15/5703 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Hermann Bachmaier

Marco Wanderwitz

Jerzy Montag

Rainer Funke

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Georg Fahrenschon.

(Beifall der CDU/CSU)

Georg Fahrenschon (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist offensichtlich: Rot-Grün hat es binnen sieben Jahren Regierungszeit geschafft, aus dem einstigen Wachstumsmotor und Stabilitätsanker Deutschland einen Bremsen in Europa, was das Wachstum angeht, und ein weltweites Inflationsrisiko, was die Währung angeht, zu machen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Ein Rohr im Wind!)

Das ist symptomatisch für diese Bundesregierung. Noch ist Deutschland die größte Volkswirtschaft innerhalb der Europäischen Union. Deshalb ist die rechtliche Basis für die gemeinsame europäische Währung eine der zentralen Fragen in Bezug auf das Wohl und Weh unserer Wirtschaftsverfassung. (D)

Der Deutsche Bundestag debattiert mittlerweile zum achten Mal über die Zukunft des wichtigsten Grundpfeilers der europäischen Finanzpolitik. Dem Bundesfinanzminister war es kein einziges Mal möglich, an einer dieser Debatten teilzunehmen. Das muss kritisiert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Der macht den Lafontaine! – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Der soll auch in Zukunft wegbleiben! Den brauchen wir nicht!)

Auch die Entschuldigung für das Fernbleiben von der heutigen Sitzung – der Finanzminister muss in Brüssel sein – gilt nicht: Der Finanzminister hätte dafür Sorge tragen müssen, dass er wenigstens in einer einzigen der acht Debatten über die Zukunft des Stabilitäts- und Wachstumspaktes dem deutschen Parlament und damit der Öffentlichkeit Rede und Antwort steht; er hätte sich nicht immer entschuldigen lassen dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Hänschen auf der Flucht!)

Unter Helmut Kohl und Theo Waigel fand das historische Ereignis statt, dass der Europäischen Union eine gemeinsame Währung gegeben wurde. In diesem Zusammenhang ist nicht zu unterschätzen, dass alle

Georg Fahrenschohn

- (A) Staaten, die der Einführung der **gemeinsamen Währung** zugestimmt haben, in derselben Einsicht und freiwillig ein Stück Souveränität abgegeben haben. Mit dem Ziel, eine stabile gemeinsame Währung und eine nachhaltige Finanzpolitik zu gewährleisten, haben sie sich einheitliche finanzpolitische Regeln gegeben, die für alle gleich gelten sollten. Das waren die Grundlagen für den Vertrag von Maastricht von 1993 und für den Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997.

Wir werden nicht müde, die beiden zentralen Bedingungen in Erinnerung zu rufen: 3 Prozent Defizit – kein einziger Prozentpunkt mehr – und maximal 60 Prozent Gesamtschulden; diesen Wert müssen wir unter- und dürfen ihn nicht überschreiten. Diese Regeln sind eindeutig, klar und transparent und sie machen Politik europaweit messbar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das war der Geist von Maastricht und das ist die Basis für eine erfolgreiche gemeinsame stabile Währung.

Vor diesem Hintergrund ist die am 22. März vorgeschlagene **Flexibilisierung des Stabilitätspaktes** eine Farce. Es steht zwar noch „Pakt“ drauf, aber darin ist keine Stabilität mehr. Das werfen wir Ihnen vor. Sie haben Schuld daran; denn Sie haben, erstens, diesen Pakt in den vergangenen vier Jahren ständig verletzt, Sie haben, zweitens, die notwendigen Sanktionen der EU mit massivem Druck verhindert und Sie haben, drittens, das Regelwerk Stück für Stück demontiert. Jetzt stellen Sie sich vor die staunende Öffentlichkeit und wollen den Menschen klar machen, dass unverbindlichere Vorgaben eine höhere Bindungswirkung entfalten. Das ist aberwitzig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das erinnert an einen Zahnarzt, der dem Patienten erst alle Zähne zieht und ihm dann viel Vergnügen beim kräftigen Zubeißen wünscht. So gehen Sie voran.

Der Kompromiss, den Sie am 22. März dieses Jahres durchgesetzt haben, ist die schlechteste aller Varianten. Dieser Kompromiss verschafft der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer/Eichel zwar kurzfristig Vorteile, mittel- und langfristig wird damit aber ein Sprengsatz gelegt; denn er symbolisiert die Rückkehr zum Nationalen und die Abkehr von internationaler finanzpolitischer Solidität. Er zeigt im Grunde, wie ratlos die Regierung vor den Problemen der Globalisierung steht und wie gern Rot-Grün Deutschlands Zukunft verkauft, um die eigene schmale Gegenwart zu sichern.

So macht man keine Politik. So kauft man einen Teppich. Aber die **Grundlagen für eine europaweite Finanzpolitik**, die Grundregeln, nach denen in einer Gemeinschaft von mehreren Nationalstaaten die Wirtschafts- und Finanzpolitik solide und zukunftssicher konsolidiert werden soll, haben Sie verletzt. Sie haben der gemeinsamen europäischen Währung in den letzten Jahren die Basis entzogen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ernst Burgbacher [FDP])

Sie tragen die Verantwortung dafür, dass mittlerweile alle Staaten, die Interesse an der gemeinsamen europäischen Währung haben, sich nicht mehr dem Regelwerk unterwerfen. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass wir nicht mehr klar sagen können, dass die gemeinsame europäische Währung genauso stabil und sicher wie die D-Mark ist. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass unsere gesamtstaatliche Verschuldung sich mittlerweile auf über 1 400 Milliarden Euro summiert.

(Ortwin Runde [SPD]: Was ist Ihr Anteil?)

Sie tragen die Verantwortung dafür, dass wir nicht mehr die Möglichkeit haben, umzukehren und mit einer stabilen Währung Europa wieder zum Wachstumsmotor und zum Stabilitätsanker zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ortwin Runde [SPD]: Was war Ihr Anteil?)

– Lieber Herr Runde, wir lassen Sie da nicht aus der Verantwortung. Sie haben mitgestimmt und Sie haben die Grundlage dafür gelegt, dass auch unsere Kinder und Kindeskinde keinen Weg aus dem Schuldenstaat mehr sehen – unter der Maßgabe, dass Rot-Grün weiter dieses Land regiert. Deswegen müssen wir das beenden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden Sie mit Ihren eigenen Zitaten konfrontieren. Es war Ihr Noch-Bundesfinanzminister, der gesagt hat: **Schulden** sind keine Investitionen in die Zukunft. Schulden sind die Steuern von morgen. – Er hat Recht. Nur hält er sich nicht daran. Tagtäglich bricht er mit seiner Politik seine eigenen Thesen, die er in die Welt gesetzt hat.

Meine Damen und Herren, für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht fest: Wir müssen den **Vertrag von Maastricht** nicht ändern. Wir müssen den Vertrag von Maastricht nicht aufweichen. Wir müssen ihn einhalten. Deshalb fordern wir Sie auf: Kehren Sie um! Nutzen Sie die Zeit! Nutzen Sie die Krise bezüglich der Finanzverfassung der Europäischen Union, um die Grundlage unserer gemeinsamen Währung wiederherzustellen! Kehren Sie zu dem Stabilitäts- und Wachstumspakt in seiner ursprünglichen Variante zurück! Hören Sie auf, ihn zu unterminieren!

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Parlamentarische Staatssekretärin Barbara Hendricks.

Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zur Nichtanwesenheit von Hans Eichel. Zum einen ist Ihnen schon klar, dass er natürlich entschuldigt ist, weil er zum Europäischen Rat muss. Insofern dürfte nahe liegen, dass er nicht gleichzeitig hier sein kann. Zum anderen aber finde ich, wenn ich die aufgebotene

Parl. Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks

- (A) Riege der Rednerinnen und Redner ansehe, dass Sie mit mir mehr als gut bedient sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe nämlich den Eindruck, dass insbesondere die CDU/CSU ganz offenbar Redner entsendet, von denen sie ganz genau weiß, dass sie, wie auch immer die Wahl ausgehen wird, keine weiter gehende Verantwortung werden übernehmen müssen. Denn diejenigen unter Ihnen, die möglicherweise eine weiter gehende Verantwortung werden übernehmen müssen, wissen genau, was los ist, und wissen auch: Wenn sie heute groß tönen würden, dann würden sie möglicherweise im Herbst gezwungen sein, ihre eigenen Worte zu fressen.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Geben Sie es auch schon verloren?)

Deswegen erscheinen sie heute hier nicht und geben sich sozusagen mit Rednern aus der dritten Reihe zufrieden, die jedenfalls keine weiter gehende Verantwortung werden übernehmen müssen, wie auch immer die Wahl ausgeht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Carl-Ludwig Thiele [FDP]: In welche Reihe gehören Sie denn? Das ist eine Frechheit! – Zuruf von der CDU/CSU: Das wird Ihre letzte Rede als Parlamentarische Staatssekretärin! – Norbert Schindler [CDU/CSU]: Barbara, was heißt denn „fressen“? – Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Frau Hendricks gibt auf!)

- (B) – Zunächst will ich ganz sachlich auf Ihre Anträge eingehen und dann noch ein bisschen dazu sagen.

CDU und CSU versuchen, einvernehmlich getroffene Beschlüsse auf europäischer Ebene infrage zu stellen. Gerade die bisherige starre Anwendung bzw. Umsetzung des Regelwerkes des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hat dazu geführt, dass im Rat immer stärker **Prozederefragen** diskutiert wurden und die inhaltliche Debatte total in den Hintergrund trat. Insbesondere dieser Ansatz wird jedoch im EG-Vertrag gefordert. Die Mitgliedstaaten sollen nämlich ihre Wirtschaftspolitik im Rat koordinieren. Verfahrensfragen lenken, wie man sich denken kann, von den eigentlichen Problemen in der Europäischen Union ab.

Der „neue“ Pakt wird dafür sorgen, dass mehr **ökonomische Rationalität** ins Verfahren kommt. Dazu sind inhaltliche Debatten unausweichlich, sodass die Mitgliedstaaten eben nicht, wie im CDU/CSU-Antrag unterstellt, unwahre Behauptungen zur finanzpolitischen Situation aufstellen können. Insofern wird also in Ihrem Antrag eine unwahre Behauptung aufgestellt.

Zur **Rolle der Bundesregierung** will ich mich gerne äußern. Die Bundesregierung hat sich zu Beginn der Debatte zur **Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes** sehr bewusst zurückhaltend gezeigt, weil sich das Regelwerk in seinem Grundsatz ja bewährt hat. Erst nachdem die Kommission im September 2004 ihre Vorstellungen zu einer solchen Reform publiziert hatte, hat sich die Bundesregierung eindeutig positioniert. Eine

konstruktive, zielorientierte Teilhabe an europäischen Prozessen wird nicht dadurch möglich sein, sich in die innere Emigration zurückzuziehen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist maßgeblich auf deutsche Initiative zustande gekommen. Auch vor diesem Hintergrund ist die Bundesregierung dafür eingetreten, dass die von der Kommission initiierte Debatte über eine Reform eine kluge und ökonomisch sinnvolle Weiterentwicklung des Paktes ermöglicht.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Lesen Sie nicht so schnell!)

– Können Sie mir nicht folgen? Soll ich langsamer sprechen?

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Ja, bitte!)

– Gut.

Der Einschätzung in Ihrem Antrag, wonach die Entwicklung der **öffentlichen Verschuldung** in Deutschland besorgniserregend sei, stimme ich natürlich grundsätzlich zu, auch wenn dieses Bild viel zu dramatisch gemalt wird. In der Tat werden die Handlungsspielräume für die öffentlichen Haushalte immer enger. Der Anteil an politisch frei verfügbaren Ausgaben wird immer geringer.

Es stimmt aber nicht, wie behauptet wird, dass die Bundesregierung nichts zur Lösung dieser Problematik unternahme. Die Bundesregierung hat vielmehr – das wissen Sie sehr genau – substanzielle Schritte zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit unternommen. Das wird uns übrigens ausdrücklich auch vom Internationalen Währungsfonds bestätigt, der nicht gerade im Verdacht steht, überschwängliches oder ungerechtfertigtes Lob zu verteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das von Ihnen angemahnte Umsteuern findet also längst statt. Im Gegenteil, es ist bedauerlicherweise so, dass die Opposition ihrerseits mit ihrer Blockade des **Subventionsabbaus** ein schnelleres Vorankommen auf diesem Weg verhindert. Ich will kurz daran erinnern: Gestern tagte wieder einmal der Vermittlungsausschuss. Können Sie noch sagen, zum wievielten Mal – zum sechsten Mal oder zum achten Mal? – der Abbau der Eigenheimzulage mit Ihrer Geschäftsmehrheit vertagt worden ist?

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Sie finden sich in Ihrer Blockadepolitik doch selber nicht mehr zurecht. Das war gestern Abend und ist ganz aktuell.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wir müssen uns das für die Steuerreform aufbewahren!)

Auch die Unterstellung in Ihrem Antrag, wir betrachteten eine **Fortsetzung der Konsolidierung** als wachstumsfeindlich, ist natürlich völlig an den Haaren herbeigezogen. Langfristig ist die Konsolidierung natürlich ein

Parl. Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks

- (A) wichtiger Teil einer nachhaltigen Wachstumspolitik. Dennoch gilt dies nicht grundsätzlich. Gerade hier argumentieren Sie in Ihrem Antrag geradezu ökonomisch fahrlässig. Zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen in Zeiten einer schlechten Konjunkturlage würden sehr wohl beträchtliche negative Effekte nach sich ziehen.

Dies haben wir im europäischen Zusammenhang zum Beispiel im Fall **Portugal** schmerzlich sehen müssen. Dies war doch ein wesentlicher Aspekt bei den Diskussionen über eine Reform des Stabilitätspaktes. Das können Sie doch nicht einfach aus Ihrer Wahrnehmung ausblenden.

(Georg Fahrenschon [CDU/CSU]: Aber Sie können doch die deutsche Volkswirtschaft nicht mit der portugiesischen vergleichen, Frau Staatssekretärin!)

– Ich vergleiche auch nicht die deutsche Volkswirtschaft mit der portugiesischen.

(Georg Fahrenschon [CDU/CSU]: Das ist Ihre Strategie! Sie machen Politik mit Portugal!)

– Nein, das ist nicht meine Strategie. Herr Fahrenschon, wenn wir aber Wert darauf legen wollen, die deutsche Volkswirtschaft nicht zum Beispiel mit der portugiesischen zu vergleichen, dann sollten wir bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass ein Umsteuern in kleinen Volkswirtschaften leichter ist als in großen Volkswirtschaften.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

- (B) Auch wenn wir uns insofern nicht mit Portugal vergleichen, sollten wir zumindest davon ausgehen, dass wir es schwerer haben.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt in Ihrem Antrag weitere abwegige Forderungen; dazu will ich kurz etwas sagen. Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist nahezu abgeschlossen. Der Bundestag, also auch die Opposition, ist im Plenum und in den Ausschüssen mehrfach und detailliert über die Reform unterrichtet worden. Nunmehr die Aufhebung eines Beschlusses des Europäischen Rates vom März 2005 zu fordern ist natürlich völlig an der Realität vorbei. Aber so ist das nun einmal: Man wird häufig von der Realität überholt, wenn man die Opposition in diesem Hause stellt.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Die **Europäische Zentralbank** war jederzeit an der Debatte zur Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beteiligt und hatte aktiv die Möglichkeit zu Stellungnahmen und Kommentaren.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Sie haben sich nur nicht um die Kommentare geschert!)

Übrigens ist der Beschluss des Europäischen Rates der Wirtschafts- und Finanzminister vom März 2005 in Anwesenheit des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Herrn Trichet, getroffen worden. Auch die Bundesbank hat sich auf ihre Weise – so will ich einmal sagen – an dieser Reformdebatte beteiligt. Im Übrigen

hat Minister Eichel wiederholt den konstruktiven Meinungsaustausch zur Weiterentwicklung des Paktes mit Bundesbankpräsident Professor Weber gesucht und auch geführt. (C)

Die Politik der Bundesregierung gefährdet nicht die **Stabilität des Euro**. Alle Aussagen in dieser Richtung sind völlig verrückt und abwegig. Immer noch ist es so, dass der Euro deutlich höher notiert, als wir jemals angenommen haben. Die leichten Abwertungstendenzen der letzten Wochen kommen der deutschen Wirtschaft eigentlich entgegen. Wir sind immer noch weit von dem entfernt, was man allgemein erwartet hat: dass sich der Euro in Parität zum Dollar einrichten wird.

Zum Gesetzentwurf der FDP-Fraktion will ich mich nur ganz kurz äußern. Eine **Änderung des Grundgesetzes** widerspricht dem Geist der einstimmig beschlossenen Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, weil man dann gerade nicht mehr auf ökonomische Gegebenheiten reagieren könnte. Das ist der eine Punkt, der es praktisch unmöglich macht, Ihrem Vorschlag zu folgen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sie wollen es ja auch nicht!)

Der zweite Punkt ist: Durch Ihren Vorschlag blenden Sie völlig aus, dass wir dann auch auf der Ebene zwischen Bund und Ländern keine Regelung hätten. Dazu sagen Sie kein Wort; denn damit kämen Sie in die schwierigen Gefilde der Diskussion über die Föderalismusreform, sodass Sie sich an dieser Stelle lieber zurückhalten. Auch deswegen kann man Ihrem Vorschlag nicht zustimmen.

Ganz kurz will ich noch auf die einleitenden Worte des Kollegen Fahrenschon eingehen. Kollege Fahrenschon hat behauptet, dass Deutschland unter der Verantwortung von Rot-Grün zum **Wachstumsschlusslicht** geworden sei und dass es den Anker der Stabilität, der die Bundesrepublik früher gewesen sei, jetzt nicht mehr gebe. (D)

Zu Ihrer Erinnerung: Das Jahr 1991 war – sowohl in den gesamten 90er-Jahren als auch danach, also während unserer gesamten Regierungszeit – das einzige Jahr, in dem wir, wenn ich das richtig im Kopf habe, ein Minuswachstum von 1,3 Prozent zu verzeichnen hatten. Seit 1995, also lange bevor Rot-Grün die Verantwortung übernommen hat, war die Bundesrepublik Deutschland jedes Jahr das so genannte Wachstumsschlusslicht in der Europäischen Gemeinschaft. Ich wiederhole: jedes Jahr seit 1995. Das hat also nichts mit der Politik von Rot-Grün zu tun.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ihr wolltet doch alles besser machen! So hat es doch 1998 geheißen!)

Im vergangenen Jahr waren wir erstmals nicht mehr Schlusslicht. Es beruhigt einen zwar nicht besonders, wenn man an der 14. statt an der 15. Stelle steht. Aber es geschah unter Ihrer Regierungsverantwortung, dass wir auf die letzte Stelle gerückt sind, die wir seit 1995 ununterbrochen eingenommen haben.

(Beifall bei der SPD – Joachim Poß [SPD]: Hört! Hört! Die Schlusslichtvertreter!)

Parl. Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks

- (A) Diese Schlusslichtdebatte, die Sie uns anzuhängen versuchen, fällt auf Sie zurück. Es hilft niemandem, wenn Sie hier wahrheitswidrige Behauptungen aufstellen.

Hinzu kommt: Die **Inflationsraten** in der Bundesrepublik sind seit Jahren beständig die niedrigsten in der Europäischen Union. Sie liegen im Regelfall deutlich unter den von der Europäischen Zentralbank angepeilten 2 Prozent. Normalerweise betragen sie zwischen 0,9 Prozent und 1,2 Prozent, manchmal vielleicht auch 1,4 Prozent; sie sind aber immer die niedrigsten in der Europäischen Union. Wenn Sie trotzdem vor diesem Hohen Hause behaupten, Deutschland sei kein Stabilitätsanker mehr, frage ich Sie: Wie kommen Sie überhaupt zu solch einer Behauptung? Das ist mir wirklich unerklärlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich will noch einen Punkt zum **Gesamtschuldenstand** und zum 3-Prozent-Kriterium sagen. Anfang der 90er-Jahre hat der Gesamtschuldenstand in der Bundesrepublik Deutschland – nimmt man alle Ebenen und die Sozialversicherungsträger zusammen – 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausgemacht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber nicht unter
der CDU/CSU!)

- (B) Als wir Ende 1998 die Regierungsverantwortung übernommen haben, war der Gesamtschuldenstand – das hatte natürlich auch etwas mit den Kosten der deutschen Einheit zu tun – auf über 60 Prozent gestiegen. Er hat also in sieben Jahren um 50 Prozentpunkte zugenommen. Mittlerweile haben wir seit sieben Jahren die Regierungsverantwortung. Der Gesamtschuldenstand liegt jetzt bei 66 Prozent. Das heißt, er hat in den letzten sieben Jahren um 10 Prozentpunkte zugenommen. Allerdings haben wir noch immer die gleichen Kosten der deutschen Einheit zu tragen, die auch unter Ihrer Regierungsverantwortung zu schultern waren. Wenn Sie auch dies einmal zur Kenntnis nehmen würden, wären wir schon einen Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie bitte auch zur Kenntnis nehmen würden, dass Ihr Kollege Kampeter vor kurzem gesagt hat, es werde wohl nicht vor dem Jahre 2009 gelingen, die **Maastricht-Kriterien** einzuhalten, dann kann ich Ihnen nur sagen: Halten Sie sich bitte auch an diesem Punkt mit Kritik an uns zurück.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ernst Burgbacher.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ernst Burgbacher (FDP):

(C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Staatssekretärin Hendricks, den Stil Ihrer Eingangsbemerkung will ich hier nicht kommentieren, aber wenn Sie einen Hauch von Anstand hätten, würden Sie sich dafür entschuldigen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU – Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]: Ein bisschen mehr Humor!)

Meine Damen und Herren, der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt – und seine Einhaltung, wohlge-merkt – hatte eigentlich eine doppelte Bedeutung: Er war einmal die ganz entscheidende **Basis für das Vertrauen der Bürger in den Euro** und er war zum anderen das Versprechen der Mitgliedstaaten, mit einer **soliden Haushaltspolitik** die Grundlagen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Das sehen wir durch diese Bundesregierung nun zerstört.

Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt ist von Deutschland durchgesetzt worden, er war doch unser Pfand. Erinnern wir uns doch daran – das gilt für Sie genauso wie für unsere Seite –: In unzähligen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes haben wir für den Euro geworben und wir haben ihnen versichert, dieser Euro werde so stabil sein wie die D-Mark. Wir haben das immer damit begründet, dass dieser Stabilitäts- und Wachstumspakt unumstoßbar ist.

Sie haben jetzt im März 2005 dem Euro und einer soliden Wirtschafts- und Haushaltspolitik die Grundlagen entzogen. Was Sie hier gemacht haben, ist eigentlich ein Verbrechen, das, glaube ich, in seinen Konsequenzen erst in den nächsten Jahren sichtbar werden wird.

(D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ute
Kumpf [SPD]: Ein bisschen überbewertet!)

Meine Damen und Herren, es war – das ist das Zweite, was so schlimm ist – die deutsche Bundesregierung, die ihn damals eingeführt hat, und jetzt war es die rot-grüne Bundesregierung, auf deren Drängen der Stabilitäts- und Wachstumspakt so entkräftet wurde, dass er das, wofür er einmal angelegt war, nicht mehr garantieren kann.

Wir wollen die **Stabilität des Euro**. Wir wollen alles dafür tun und deshalb werden wir auch den Antrag der CDU/CSU unterstützen; das ist die europäische Komponente. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, Sie schreiben selbst in der Begründung Ihres Antrags – ich zitiere –:

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen liegt im ur-eigenen Interesse Deutschlands.

Wie wahr! Auch wir als FDP haben uns Gedanken darüber gemacht, wie wir das wirklich garantieren können.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das wäre ja mal interessant zu erfahren!)

Herr Kollege Müntefering, unser Gesetzentwurf stammt aus der Zeit der **Föderalismuskommission**. Lassen Sie mich da anmerken: Ich verstehe es nach wie vor nicht, dass sich dieses Hohe Haus mit dem Scheitern

Ernst Burgbacher

- (A) der Föderalismuskommission bisher nur zweimal beschäftigt hat – auf Antrag der FDP –; dass Sie in der ganzen Zeit nie eine Debatte darüber herbeigeführt haben, dass die Föderalismuskommission nicht zu einem Ergebnis gekommen ist.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Leider wahr!)

Wir haben diesen Gesetzentwurf damals eingebracht, weil wir, wie Sie wissen, Herr Kollege Müntefering, weitergehen wollten. Wir wollen Steuerautonomie für die Länder, wir wollen Steuerwettbewerb in unserem Land, weil nach unserer festen Überzeugung eine Föderalismusreform ohne mehr Steuerautonomie und Steuerwettbewerb von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben uns Gedanken darüber gemacht, wie wir gewährleisten können, dass die Stabilität im Lande bleibt und wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt weiter einhalten. Vor diesem Hintergrund ist unser Gesetzentwurf zu sehen: Das gelingt, indem wir Bund, Länder und Gemeinden verpflichten, die Stabilitätskriterien einzuhalten, und damit zur Stabilität im Land insgesamt sorgen. Das ist ja auch die Verpflichtung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben klare Vorstellungen, wie das geregelt werden kann. Ich kann Sie nur noch einmal eindringlich bitten, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

- (B) Es geht in dieser Phase nach meiner Überzeugung um sehr, sehr viel: Es geht um die Verantwortung gegenüber Europa, es geht um unser Versprechen an die Bürger, den Übergang von der D-Mark zu einem stabilen, langfristig sicheren Euro zu garantieren. Es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Es geht darum, ob wir künftigen Generationen einen Gestaltungsspielraum geben und sagen, dass auch sie die Möglichkeit haben, weiterhin die Politik zu beeinflussen, oder ob wir ihnen nur einen riesigen Schuldenberg hinterlassen. Wer das tut, versündigt sich an den künftigen Generationen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

Deshalb bitte ich Sie herzlich: Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Anja Hajduk.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meines Beitrags möchte ich festhalten, dass ich vor allem das, was Herr Fahrenschon für die Union gesagt hat – teilweise gilt das aber auch für das, was der Kollege von der FDP gesagt hat –, als Rede von gestern empfand.

(Zuruf von der SPD: Vorgestern!)

– Vielleicht auch von vorgestern.

Nach einer langen Diskussion auf der europäischen Ebene haben wir Ende März eine Einigung über den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt erzielt. Es war wichtig, dass es eine Einigung auf der europäischen Ebene gab; Frau Hendricks hat darauf hingewiesen.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Das ist eine Aufweichung! – Ernst Burgbacher [FDP]: Aufweichung!)

Dort sind gewisse Dinge festgehalten worden, nämlich zum Beispiel, dass die Rolle der Kommission stark bleibt und dass die Einhaltung der Kriterien wichtig ist. Es ist aber auch darauf hingewiesen worden, dass einigen Ländern – zum Beispiel auch Deutschland – wahrscheinlich mehr Zeit gegeben werden muss, bis sie das **3-Prozent-Kriterium** wieder einhalten können. Diese Regelung ist ehrlich. Jeder von uns würde dieses Kriterium gerne schneller wieder einhalten können. Aber für die Bundesrepublik ist das eine sinnvolle Regelung.

Herr Fahrenschon, ich frage Sie zu Ihrer gerade gehaltenen Rede von gestern: Wie kann sie im Einklang mit dem Wort von Ihrem Parteikollegen Herrn Kampeter stehen, der nach der Ankündigung der Neuwahl am 22. Mai 2005 in der „Financial Times Deutschland“ vom 7. Juni 2005 gesagt hat, eine neue Regierung – er hat dabei wahrscheinlich an die Union gedacht – werde vielleicht bis 2009 brauchen, bis sie die Defizitziele wieder einhalten kann? Wie kann diese Aussage im Einklang mit Ihrer plumpen, schlichten und politisch naiven Anforderung stehen, dass wir den Stabilitätspakt nicht brechen oder aufweichen dürfen, sondern einhalten müssen? (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das hält der Realität doch nicht stand. Sie müssen dann nämlich sagen, dass Deutschland in der Situation, in der wie uns nach der Defizitüberschreitung befinden, einen zweistelligen Milliardenbetrag als Sanktion aufbringen muss. Ist das Ihre Forderung? Ist das die Konsequenz für die Jahre 2005, 2006, 2007, 2008 und 2009? Das, was Sie hier machen, kann wirklich nicht ernst genommen werden. Ich muss sagen: Seit dem 22. Mai 2005 zeigen Teile der Union einen neuen Realitätssinn. Sie sagen nämlich, dass sie die Defizitziele wahrscheinlich erst ab 2009 wieder einhalten können und dass sie bis 2013 Schulden machen. Das haben Sie uns in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 15. Juni kundgetan. Sie müssen mal ein wenig aufräumen, solche Reden wie die von heute vermeiden und vielleicht auch einmal die Zeitung von vorgestern lesen.

Wir können für uns auch nicht in Anspruch nehmen, dass wir alles so gerichtet haben, dass wir die Haushaltsziele jetzt einhalten können. Ich möchte jetzt aber einmal etwas zu den **Ursachen** dafür sagen. Es ist gerade von dem Kollegen der FDP gesagt worden – Zitat aus dem CDU/CSU-Antrag –:

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen liegt im ureigenen Interesse Deutschlands.

Anja Hajduk

- (A) Ich kann dazu nur feststellen: Die Konsolidierung liegt tatsächlich im Interesse Deutschlands, aber anscheinend hat sie nicht im Interesse der Union gelegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Es gibt eine strukturell bedingte Lücke zwischen den **Einnahmen** und den Ausgaben. Seit über zweieinhalb Jahren gibt es eine Blockade von Ihnen, sodass die Einnahmesituation nicht verbessert werden kann. Sie verhindern eine Einnahmeverbesserung für die öffentlichen Haushalte in Höhe von 17 Milliarden Euro. Das betrifft alle Ebenen, also Bund, Länder und Gemeinden. Auf der Einnahmeseite verhindern Sie bisher eine Konsolidierung in Höhe von 17 Milliarden Euro.

Sie schämen sich aber nicht, mittlerweile zu sagen – es war wiederum Herr Kampeter –, dass es, wenn Sie regieren, notwendig ist, Steuervergünstigungen abzubauen.

Sie haben sich noch vor einigen Wochen nicht gescheut, hier immer wieder zu sagen: Der **Abbau von Steuervergünstigungen** läuft nur auf das Prinzip linke Tasche, rechte Tasche hinaus. – Der Populismus in Ihren Reihen ist ungebrochen. Wir werden Sie mit diesem Populismus im Wahlkampf konfrontieren. Die Bürgerinnen und Bürger sind es satt, Versprechen zu hören, die erst dementiert, aber nachher doch umgesetzt werden. Aber wahrscheinlich werden Sie sich mit der FDP nicht einigen können. Dann geht es mit dem Haushalt völlig den Bach herunter.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte Ihnen Folgendes sagen: Eine ehrliche Politik zu den Einnahmen des Staates ist notwendig. Das hat etwas mit einer ehrlichen Steuerpolitik zu tun. Ich hoffe darauf, dass Sie sich irgendwann auch beim Subventionsabbau einmal bewegen. Das hängt auch mit einer ehrlichen Konsolidierung auf der Ausgabenseite zusammen.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Allerdings!)

Diese Regierung hat in den Jahren der Stagnation auf der Ausgabenseite extrem sparsam gewirtschaftet.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Na, na, na! – Ernst Burgbacher [FDP]: Wo denn?)

Wie Sie wissen, hat sie Ausgaben zurückgefahren. Aber sie hat auf dem Arbeitsmarkt im Moment tatsächlich Mehrausgaben zu verantworten,

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Sie hat auf dem Arbeitsmarkt versagt!)

weil wir eine schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt haben; das leugnen wir nicht.

Jetzt will ich Sie noch mit einem allerletzten, sehr aktuellen Beispiel konfrontieren, damit Sie noch einmal in sich gehen. Sie sind immer relativ flott dabei, lauthals zu fordern, im Bundeshaushalt die konsumptiven Ausgaben zurückzufahren. Mit solchen Forderungen sind Sie im-

mer schnell bei der Hand. Die Regierung hat Ende Mai einen Entwurf vorgelegt, die **Beamtenpensionen** an die Entwicklung bei der Rentenversicherung anzupassen. Wissen Sie, was aus den Reihen der Union und speziell aus Bayern als Reaktion gekommen ist? Es hieß: Das lehnen wir ab. Das ist eine überproportionale Belastung der Beamten. Das können wir nicht verantworten.

Beamtenpensionen sind eine klassische Ausgabe im Haushalt. Es ist ein wichtiger Punkt, gerade Kosten für die Altersvorsorge zu begrenzen. Aber immer, wenn es konkret wird, dann werfen Sie sich in die Büsche. Sie haben schon wieder Sorge um eine Zielgruppe für die Wahlen. Angesichts von Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Verantwortung für die Zukunft ist es ein trauriges Beispiel dafür, dass Sie nicht bereit sind, die Belastungen in Form von fairen Ausgleichszahlungen, mit denen die Rentenversicherung ins Lot gebracht werden soll, auf die Beamten zu übertragen.

Es ist wiederum klassisch: Nicht nur bei der Konsolidierung für die Einnahmenseite versagen Sie, sondern auch auf der Ausgabenseite. Mit Ihnen wird es leider nie gesunde Finanzen in Deutschland geben. Das werden wir im Wahlkampf deutlich machen. Sie werden sich noch wundern, was sich vom heutigen Tage an ändern kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Klaus-Peter Willsch. (D)

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Frau Hajduk, ich bin nach Ihren Ausführungen geneigt, Ihre Kollegin Hermenau, die geschätzte frühere Haushaltsausschusskollegin, zu zitieren: „Die SPD ist in Auflösung begriffen und derzeit nicht mehr fähig, zu regieren.“ – Wir können nachher noch darüber reden, ob Sie das unterschreiben würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will mit einem Zitat beginnen, das ich mir heute Morgen während der Rede des Bundeskanzlers aufgeschrieben habe. Er hat heute Morgen erklärt:

Aber in der Krise zeigt sich, wer steht und wer nicht steht.

– Ich finde es bemerkenswert, dass dies jemand sagt, der am 22. Mai dieses Jahres aufgegeben und den Lafontaine gemacht hat, der uns das Land vor die Füße wirft, wie ein Kind ein Spielzeug wegwirft, dessen es überdrüssig geworden ist. Es ist allerhand, einen Satz wie „In der Krise kommt es darauf an, dass man steht“ in so einer Stunde zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will diesen Satz auf andere Bereiche übertragen. Gerade in der Frage des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes kommt es darauf an, dass man nicht

Klaus-Peter Willsch

- (A) nur in guten Zeiten, sondern auch in der Krise steht. In der Krise haben Sie aber nicht gestanden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspaktes waren ausgeglichene Haushalte. Im Pakt war eine Abweichungstoleranz von **3 Prozent** vorgesehen. Da nützt auch das ganze Gerede von einer flexiblen Anwendung nichts; denn die 3 Prozent sind schon Ausdruck der Flexibilität. Ein früherer Finanzminister hat das einmal – das war gut so – ganz schlicht ausgedrückt. Waigel hat dazu gesagt: 3 Prozent sind 3 Prozent. Eichel redet die ganze Zeit von „close to balance“ und macht dazu alle möglichen Verrenkungen, um sich nicht auf diesen Punkt festnageln zu lassen.

Wir haben am 2. Dezember 1992 gemeinsam mit der SPD hier in diesem Parlament beschlossen:

Der Deutsche Bundestag wird sich jedem Versuch widersetzen, die Stabilitätskriterien aufzuweichen, die in Maastricht vereinbart worden sind.

Dieses Versprechen, gegeben an die Bürger, haben Sie gebrochen. Wir fordern Sie auf, das rückgängig zu machen und wieder zu diesem Wort zu stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ernst Burgbacher [FDP])

- (B) Denjenigen, die sich schon länger mit Finanzpolitik beschäftigen, ist der Juliusturm noch ein Begriff. Das ist der Turm der Spandauer Zitadelle, in dem früher der Reichsschatz verwahrt worden ist, der überwiegend durch die französischen Zahlungen nach dem Krieg 1870/71 und nach der Reichsgründung gespeist worden ist. Fritz Schäffer hat zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland ein „Juliusturm“ genanntes Vermögen aufgebaut, indem er weniger ausgegeben als eingenommen hat. 1957 betrug der Überschuss 8 Milliarden D-Mark. Wenn man die Kaufkraft hochrechnet, entspricht das heute 38 Milliarden Euro. 38 Milliarden Euro ist genau der Betrag, den Sie 2005 für Zinsen in diesem Land ausgeben werden. So wirtschaften Sie in diesem unserem Lande.

(Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin:
Das war schon 1998 so! Da waren es 80 Milliarden D-Mark!)

– Frau Hendricks, seien Sie still! Es kommt noch dicker. – Sie wollten 2006 die Neuverschuldung auf null reduzieren. Das war das Versprechen, das Sie gaben. Jetzt sage ich Ihnen einmal die Tatsachen: Wir hatten 1998 eine **Bundesschuld** von 743 Milliarden Euro, Ende 2005 werden wir bei 900 Milliarden Euro liegen, und das, obwohl Sie zwischenzeitlich 51 Milliarden Euro aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen Erlöse haben. Das ist schon eine Differenz von fast 210 Milliarden Euro.

Schauen wir einmal weiter. Sie haben massiv Vermögen abgebaut. Sie haben alles in diesem Land verkloppt, was nicht niet- und nagelfest war. Sie haben Aktienpakete der Post und der Telekom im Rahmen von Platzhaltergeschäften an die KfW übertragen. Sie haben die

Wohnungen der Rentenversicherung verkauft. Sie haben die Rücklage der Rentenversicherung geplündert. Sie haben Forderungen, die wir an Russland haben, vorzeitig in den Markt gegeben, mit einem Verlust von 1,2 Milliarden Euro, wie wir gestern in einem Bericht des Bundesrechnungshofs im Haushaltsausschuss gehört haben. Das sind noch einmal 75 Milliarden Euro, die man zu den eben genannten Zahlen hinzurechnen muss. Und Sie stellen sich hierhin und reden von solider Finanzwirtschaft und Nachhaltigkeit. Das ist unerhört.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Grünen reden von **Nachhaltigkeit** in der Finanzpolitik. Sie von der SPD hatten einmal einen Generalsekretär, der die Lufthoheit über den Kinderbetten erringen wollte. Wissen Sie, was Sie hier in diesem Land machen? Ihr Verhalten gleicht dem eines Familienvaters, der die Kinderbetten zerlegt und verbrennt, um noch einmal mit einem warmen Hintern über den Winter zu kommen. Es ist unerhört, wie Sie mit dem Schicksal der künftigen Generationen umgehen.

Sie sind – das ist eben in den Schlussworten angeklungen – bei einem zentralen Punkt gescheitert. Damit das Jubiläum nicht vergessen wird, will ich daran erinnern: In genau zwei Monaten ist es drei Jahre her, dass Herr Hartz gemeinsam mit dem Bundeskanzler nicht weit von hier, im Französischen Dom, eine Art politisches Hochamt zelebrierte, in dem er vorstellte, wie man in drei Jahren von damals 4 Millionen auf 2 Millionen Arbeitslose kommen könnte. Das war ein festes Versprechen. Er hat damals gesagt: Punkt 11 Uhr fangen wir an. Die Maßnahmen sind umsetzbar. – Nichts als warme Luft! Wir sind bei 5,4 Millionen Arbeitslosen.

(Peter Dreßen [SPD]: Auch das ist falsch! Sie haben die Unwahrheit gesagt!)

Sie haben auf dieser Baustelle vollständig versagt. Sie können es nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben heute 5,4 Millionen Arbeitslose und verlieren Tag für Tag 1 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Die treiben Sie mit Ihrer schlechten Politik aus dem Lande.

(Günter Gloser [SPD]: Quatsch!)

Rot-Grün macht arm, arbeitslos und hat das Land in den finanzpolitischen Abgrund geführt. Machen Sie Platz!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ortwin Runde.

Ortwin Runde (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Willsch, ich weiß nicht, ob Sie schon Schwierigkeiten mit dem Gedächtnis haben. Will man mit Schäffer anfangen, dann ist es natürlich etwas schwer, zur Gegenwart zu kommen. Aber Sie dürften doch so weit auf der

Ortwin Runde

- (A) Höhe der Zeit sein, dass man bei der Zahl der Arbeitslosen 4,8 Millionen und 5,4 Millionen nicht durcheinander wirft.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Aber auch das ist deutlich mehr als 2 Millionen!)

Das mit dem Juliusturm von Schäffer ist ja gut. Ich glaube, 1998 wäre die rot-grüne Regierung sehr zufrieden gewesen, wenn die Übergabe zu den Bedingungen unter Schäffer stattgefunden hätte.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie über den Schuldenstand reden, dann müssen Sie nicht nur das aufgreifen, was Frau Hendricks ausgeführt hat, sondern dann müssen Sie auch die falsch finanzierte **deutsche Einheit** erwähnen, die in den Folgejahren zu einem ständigen Schuldenaufbau geführt hat, den man kaum korrigieren konnte.

(Beifall bei der SPD)

Herr Glos hat uns in seinem Beitrag ein Rätsel aufgegeben, Herr Fahrenschon.

(Günter Gloser [SPD]: Herr Glos ist ein Rätsel!)

– Man kann auch sagen: Er ist ein Rätsel. Vielleicht können Sie mir bei der Auflösung des Rätsels helfen. Herr Glos hat in seinen Ausführungen von den Südländern, insbesondere den Italienern mit ihren Inflationsgelüsten, gesprochen und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Italiener gerade die bayerische Hypo-Vereinsbank übernehmen.

(B)

Was lehrt uns das? Heißt das, dass die Südländer durch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt inzwischen ihre Inflationsgelüste und ihr nicht immer wirtschaftliches Gehabe begraben haben, sodass sie stark genug sind, die bayerische Hypo-Vereinsbank zu übernehmen? Ist das die Konsequenz, auf die uns Herr Glos hinweisen will? Oder hat das etwas mit Fremdenfeindlichkeit zu tun? Ich habe das nicht ganz verstanden.

(Georg Fahrenschon [CDU/CSU]: Herr Kollege, es ist offensichtlich, dass Sie es nicht verstanden haben!)

Frau Hajduk hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt, was das Erreichen des Stabilitätsziels sowohl hinsichtlich der Binnenstabilität – das kann anhand der Inflationsentwicklung berechnet werden – als auch der Außenstabilität – das lässt sich aus den Währungsrelationen ableiten – angeht, ein Erfolg gewesen ist. Aber darüber, dass es in Bezug auf das **Wachstum** ein Problem gibt, ist bereits überall in Europa diskutiert worden. Das ist nicht nur eine deutsche oder portugiesische Diskussion, sondern sie wird auch in Frankreich, den Niederlanden und anderen europäischen Staaten geführt.

Konsequenz war doch, dass sich alle gefragt haben: Hat die seinerzeit geschaffene Konstruktion das Wachstum vielleicht eher behindert als gefördert? Daraufhin hat man sich im März darauf geeinigt, den Stabilitätspakt konjunkturgerecht anzulegen. Dass Sie jetzt dahin-

ter zurückfallen wollen, kann ich nicht ganz nachvollziehen. (C)

Aber die Diskussion umfasst auch sehr viele nationale Aspekte, die ich näher beleuchten möchte. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, Herr Fahrenschon, wie Sie Ihre Aussagen und Forderungen zum Stabilitäts- und Wachstumspakt mit den Konzepten vereinbaren wollen, die Sie für alle möglichen Bereiche vorsehen:

Wie zum Beispiel wollen Sie die Kopfpauschale finanzieren? Dafür sind 28 Milliarden Euro notwendig, die zunächst einmal zu dem bestehenden Defizit hinzukämen. Wie wollen Sie das finanzieren?

Oder nehmen wir das so genannte Konzept 21, Ihr Steuerkonzept, das Merz und Faltthauer miteinander vereinbart haben: Dieses Konzept führt zu einer Deckungslücke von 10 Milliarden Euro. Das Ganze beruht ja auf dem veränderten Bierdeckel merzscher Prägung, bei dem etwa 30 Milliarden Euro gefehlt hätten. Aber wie wollen Sie allein die 10 Milliarden Euro finanzieren?

Die nächste Frage: Was ist mit Ihrem Vorschlag einer Abschaffung der Gewerbesteuer? Das würde Einnahmeausfälle in Höhe von 23 Milliarden Euro bedeuten. Wie wollen Sie die ersetzen?

Sie müssen endlich Ihre Konzepte zusammenbringen. Wie in den vergangenen Wochen und Monaten, als Sie immer wieder ein Konzept neben das andere gestellt haben, ohne das Ganze miteinander zu verbinden, kann es doch nicht weitergehen.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ich dachte, Sie regieren!) (D)

Nun gibt es erste Aussagen, wie das Ganze nach Ihrer Vorstellung funktionieren könnte. Zum Beispiel ist von einer Mehrwertsteuererhöhung um vier Prozentpunkte die Rede, wie sie Herr Stratthaus, Ministerpräsident Müller und andere vorgeschlagen haben. Dann höre ich, dass Sie die Pendlerpauschale abschaffen wollen. Dabei muss man wissen, für welche Belastungen bereits eine Senkung dieser Pauschale allein um 5 Cent pro Kilometer bei den Betroffenen sorgen würde. Dann höre ich, dass Sie die Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit – mit entsprechenden Auswirkungen – abschaffen wollen. Wenn man das alles zusammennimmt, stellt man fest, dass Sie deutliche Belastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer planen, um all das zu finanzieren, was Sie vorhaben.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ich erkläre Ihnen das, damit Sie es begreifen!)

– Das können Sie gern tun. Sie müssen mir dann aber auch erklären, ob es nicht verabredeter Wahlbetrug ist – zu diesem Schluss komme ich, wenn ich mir die Gesamtzahlen sowie Ihre Aussagen über den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die verschiedenen anderen konzeptionellen Bereiche vor Augen führe –, wenn Sie Ihr Konzept vor der Wahl nicht offen legen und vertreten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ortwin Runde

- (A) Ich empfehle Ihnen sehr deutlich, sich auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt in seiner neueren Fassung zu stützen, an seiner Weiterentwicklung mitzuarbeiten und dann die schwierige Aufgabe einer seriösen Haushaltskonsolidierung anzugehen. Dann kann dieses Land in der Tat auf einen besseren Weg geführt werden.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Marco Wanderwitz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marco Wanderwitz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Wir debattieren heute neben dem CDU/CSU-Antrag über einen Gesetzentwurf der FDP-Fraktion. Auf diesen möchte ich meinen Schwerpunkt legen, auch wenn beide Vorlagen zweifellos von großer Wichtigkeit sind. Ein innerstaatlicher Stabilitätspakt ist in Deutschland dringend notwendig. Es darf nicht erst langfristig, sondern es muss mittelfristig Schluss mit ausufernder Schuldenmacherei sein. Ich sage an dieser Stelle als einer der jüngeren Abgeordneten im Deutschen Bundestag ganz bewusst: Es darf nicht sein, dass Sie mit Ihrer Politik die über Generationen geschaffenen Werte dieses Landes verfrühstücken, ohne die Frage nach dem Morgen zu stellen.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die CDU/CSU steht mit dieser Einschätzung nicht allein. Die Wissenschaft, die Deutsche Bundesbank, die Europäische Zentralbank und viele andere mahnen uns, die Mitglieder des Deutschen Bundestages, seit vielen Jahren – vor allen Dingen immer mehr Menschen in unserem Land erkennen die Situation –, dass die Blase des Wohlstands, den Sie vorgaukeln, bald platzen wird. Ich will nicht schönreden, dass auch Ihre Vorgängerregierung einen Teil dazu beigetragen hat. Der Unterschied ist aber, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben,

(Lachen bei der SPD)

während Sie uns in Ihrem siebten Regierungsjahr noch immer die gleichen Ausreden wie zu Beginn Ihrer Regierungszeit vorhalten. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das finde ich nur noch erbärmlich. Die Menschen im Land sehen das ganz genauso.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zudem kann ich mich entsinnen – auch das ist als offenes Wort gedacht –, dass ja die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im großen Verteilungs- und Beglückungsreigen der 80er- und zu Beginn der 90er-Jahre immer mitgetan hat und den Wechsel zulasten **künftiger Generationen** mit ausgestellt hat. Die Menschen sind aber Ihrer tagespolitisch motivierten Flickschustereien überdrüssig. Das können Sie an den Umfragewerten und vor allen Dingen im Gespräch mit den Bürgerinnen und

- Bürgern – ich rate Ihnen, dieses in Ihren Wahlkreisen zu suchen – erkennen. Kein Mensch glaubt Ihrem Finanzminister noch ein Wort. Vom „Sparhans“ in der ersten zum „Lügenhans“ in der zweiten Legislaturperiode! (C)

Die Menschen in unserem Land stehen insbesondere zu ihrer Verantwortung für die künftigen Generationen. Gerade die älteren Menschen in unserem Land finden es nicht gut, dass für die künftigen Generationen, die jungen Menschen, die Zukunft immer dunkler wird. Leider macht jeder Tag des Zauderns es künftig schwerer und schmerzhafter. Deshalb müssen wir schnell handeln.

Bund und Länder – Stichwort: nationaler Stabilitätspakt – müssen aber mit an diesem Strang ziehen, wenn wir langfristig erfolgreich sein wollen, weil die Bundesrepublik als föderaler Bundesstaat nach außen einheitlich auftritt. Die bestehenden Mechanismen – das greift die FDP dankenswerterweise auf – funktionieren dazu nur unzureichend. Der Anstoß ist bedenkenswert, allerdings nicht neu und insbesondere eben nicht nur bei der FDP, sondern auch bei der CDU/CSU gegeben.

Auch ich glaube, dass das Grundgesetz in der Tat die beste Stelle zur Verankerung dieser Problematik ist. Dazu brauchen wir allerdings eine handwerklich saubere Regelung und vor allen Dingen die notwendige verfassungsändernde Mehrheit. Deshalb bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, dabei mitzuwirken.

- Die begonnene **Reform des Föderalismus** – die Föderalismuskommission wurde bereits angesprochen – dürfen wir jetzt nicht einfach wegwerfen, sondern wir müssen an dieser Stelle weiterarbeiten. Noch ist das Eisen heiß. Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen – ich spreche auch die Kolleginnen und Kollegen in den Länderparlamenten an –, wir haben eine große Verantwortung für unser Land. Lassen Sie uns an dieser Stelle weitertun! (D)

Konkret zum Gesetzentwurf der FDP: Die Sachverständigenanhörung des Finanzausschusses am 19. Januar dieses Jahres hat gezeigt, dass dieser Entwurf noch Schwächen hat. Beispielsweise weist das Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel in seiner Stellungnahme darauf hin, dass wir weitere Konkretisierungen, etwa hinsichtlich der Aufteilung des Budgetsaldos des Staates auf Bund und Länder, brauchen.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün und von der Bundesregierung, ein wirklicher Kassensturz, den Sie seit Jahren verweigern, würde uns an dieser Stelle schon viel weiterhelfen. Deswegen bitte ich Sie: Tun Sie diesem Land wenigstens den einen Dienst. Machen Sie diesen **Kassensturz**, bevor Sie den Weg für eine Bundesregierung unter Angela Merkel freimachen!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft weist neben der Einführung eines eigenen Vorschlags zur Änderung des Grundgesetzes in der Debatte auf eine mögliche Fehlinterpretation des vorliegenden Gesetzentwurfes der FDP hin. Man könnte den Entwurf

Marco Wanderwitz

- (A) in der Tat auch so lesen, dass Bund und Länder jeweils drei Prozent Defizit nicht überschreiten dürfen, was in der Summe nicht gewünschte sechs Prozent ausmachen würde. Genau das wollen wir nicht. Derartige Unklarheiten, so sie denn vorhanden sind, müssen wir vermeiden.

Schließlich müssen wir uns vor einer Änderung des Grundgesetzes natürlich auch auf die Ausführungsgesetze verständigt haben. Ich bitte Sie alle: Tun wir das gemeinsam für die Zukunft unseres Landes!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Ich danke auch und schließe damit die Aussprache zu diesem Punkt.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/5250 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir haben jetzt einen gemeinsamen Leistungsnachweis vor uns. Wir kommen nämlich zu einem Abstimmungsmarathon, wie ich ihn – zumindest während meiner Dienstzeit hier oben im Präsidium – noch nicht erlebt habe. Das werden wir zusammen bestehen.

- (B) Tagesordnungspunkt 11 b: Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Änderung des Grundgesetzes – Aufnahme von Stabilitätskriterien in das Grundgesetz – auf Drucksache 15/3721. Der Rechtsausschuss empfiehlt auf Drucksache 15/5703, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP, während sich die CDU/CSU enthalten hat.

Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.